

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,60 Mk. im voraus zahlbar. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“.

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Et. B. u. Disc.-Gef., Depofitent., Jerusalemstr. 65/66.

Donnerstag 18. Juni 1931

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einj. polit. Kampfbroschüre 80 Pf. ...

Tausend Millionen Mark!

Die Devisenverluste seit dem 1. Juni und die Verantwortung der Reichsbank.

Wir haben gestern geschrieben, daß die Reichsbank vom 1. bis 16. Juni nicht weniger als rund eine Milliarde Devisen beschaffen mußte und dementsprechend auch die Notendeckung der Reichsbank infolge der Mißtrauenslawine des Auslandes geschwächt wurde.

In der Woche zum 15. Juni hat die Reichsbank ihre Goldbestände um 534,4 auf 1765,8 Millionen weiter verringert, um durch Goldverkäufe die entsprechenden Summen von ausländischen Devisen beschaffen zu können, die zur Rückzahlung kurzfristiger Kredite ans Ausland, aber auch zur Befriedigung der Devisenhandels- und böswillig politischer Devisenansforderungen aus dem Inland erforderlich waren.

Es ist in der Geschichte der Reichsbank bisher noch nicht vorgekommen,

daß im Laufe von zwei Wochen so ungeheuerliche Devisenverluste eintraten. Es war eine wahrhafte Mißtrauenslawine, die vom Ausland her, gefördert von reparationspolitischen insändischen Schwärmern und böswilligen insändischen Katastrophopolitikern gegen Deutschland in diesen zwei Wochen abrollte.

Wir bedauern es, daß die Sozialdemokratische Partei auch manches gutmachen mußte, was die Reichsbankleitung hätte verhindern können. Dr. Luitke hätte viel früher, da er auch Politiker ist, seinen politischen Freunden und den Unternehmern, besonders der Schwerindustrie, in den Arm fallen müssen, und er hätte vor allem verhindern müssen, daß die deutschen Großbanken ihr eigenes Devisenpolster so ge-

samt haben, wie es geschah, und sich mit ihrem ganzen Bedarf auf die Reichsbank warfen, so daß die Reichsbank schließlich als erste statt als letzte Liquiditätsreserve in der Volkswirtschaft funktionieren mußte.

Wir haben schon einmal gesagt, daß es nicht genügt, statistisch zu verfahren und zu sagen, bis zu dem und dem Tage wurden die Devisenansforderungen in der von den Banken bezahlt. Es kommt nicht allzu schwer für die Reichsbank sein, sich über die wirklichen Fälligkeiten ausländischer Kredite während dieser kritischen Tage rechtzeitig einen Überblick zu verschaffen und außerdem Vorsorge dafür zu treffen, daß unberechtigte Devisenansforderungen, besonders soweit sie politischer Natur sein konnten, zurückgewiesen werden.

auch noch die Möglichkeit des mittelbaren Drucks

auf die Banken; solch mittelbarer Druck hat sich in der Geschichte der Reichsbank immer als sehr wirkungsvoll erwiesen und hätte schon vor der Diskonterhöhung, ohne daß die Öffentlichkeit im Inland oder Ausland dadurch beunruhigt zu werden brauchte, angewandt werden können.

Das übrige Bilanzbild der Reichsbank vom 15. Juni gibt der Entwicklung auf dem Devisenkonto in manchem noch deutlichen Ausdruck. Die Wechselbestände haben sich wohl deshalb in erster Linie um 309,6 auf 2019,1 Millionen erhöht, weil die letzten großen Devisenansforderungen von den Banken durch den Rediskont von Wechseln bezahlt wurden.

Der Umlauf an Reichsbanknoten hat um 190,6 auf 3888,6 Millionen abgenommen. Das dürfte sich in erster Linie daraus erklären, daß ja die in Mark für die von den Banken eingereichten Wechsel ausgezahlten Beträge sofort gegen Devisen wieder an die Reichsbank zurückflossen.

Regierungsumbildner Dingeldey.

„Denkbar größte sachliche Autorität und Entschlossenheit.“

Die volksparteiliche „D.Z.“ ist von Neugierde geplagt. Sie möchte gern wissen, welche Abmachungen zwischen dem Reichskanzler Brüning und der Deutschen Volkspartei, namentlich in puncto Regierungsumbildung, getroffen worden sind.

Herr Dingeldey hält „tributpolitische Maßnahmen über alle sonstigen Bedenken und Rücksichten hinweg“ für unvermeidbar. In einem solchen Kampf könne die Regierung aber nur eintreten in einer veränderten Zusammensetzung, die „Gewähr für die denkbar größte sachliche Autorität und Entschlossenheit“ biete.

Was Herr Dingeldey unter einem Kabinett der „größten sachlichen Autorität und Entschlossenheit“ versteht, können wir uns ungefähr vorstellen. Ein markanter Vorgänger des Herrn Dingeldey in der Leitung der Deutschen Volkspartei, der verstorbene Hugo

Stinnes, hat das in ähnlicher Situation früher und prägnanter ausgedrückt, als er ein Kabinett der „diskontfähigen Unterstritten“ forderte. Und welche inneren Reformen Herr Dingeldey meint, ist auch nicht schwer zu erraten, wenn man die Forderung der Schwerindustrie auf Beseitigung der Sozialpolitik kennt.

Wohlglauben wir nicht: daß Herr Dingeldey da Erfolg haben wird, wo der viel klügere und mächtigere Hugo Stinnes gescheitert ist. Die Arbeiterklasse wird dabei nämlich noch ein Wort mitreden.

Bewirrungsmannöver!

Zur Einberufung des Haushaltsausschusses.

In einem Teil der Presse wird immer wieder betont, daß ein Termin über die vom Reichskanzler zugesagten Beratungen zur Abänderung der Notverordnung noch nicht festgesetzt und es „völlig unbekannt“ sei, wann der Haushaltsausschuß des Reichstags zusammentrete.

Gegenüber diesen Bewirrungsmannövern stellt der „Soz. Pressedienst“ fest, daß zwar das Datum des Zusammentritts des Haushaltsausschusses noch nicht endgültig festgelegt ist und nicht festgelegt werden konnte, daß der Reichskanzler aber auf Rückfrage als Termin der Beratungen „Anfang August“ bezeichnet hat.

Nach dieser bindenden Erklärung kann keine Rede davon sein, daß der Termin des Zusammentritts des Haushaltsausschusses noch „völlig unbestimmt“ sei. Wenn trotzdem immer wieder gegenteilige Behauptungen verbreitet werden, so hat das keinen anderen Zweck, als die Zusage des Reichskanzlers an die Sozialdemokratie als belanglos erscheinen zu lassen und auf diese Weise innerhalb der Arbeiterklasse Bewirrung zu schaffen.

Das Reichsverwaltungsgericht ... und das eiferfüchtige Reichsgericht.

Von einem Richter.

Das Reich will nun endlich daran gehen, sich das bereits in Art. 107 der Reichsverfassung vorgesehene Reichsverwaltungsgericht zu schaffen. Bei diesem Reichsverwaltungsgericht würde denn auch der bisher beim Reichsgericht untergebrachte Staatsgerichtshof seinen Sitz haben, der über Streitigkeiten im Sinne Art. 19 Abs. 2 zu entscheiden hat.

Das Reichsgericht hat ohne Zweifel seine großen Verdienste, wenn sie auch nicht gerade in der jüngsten Vergangenheit, sondern in einer weiter zurückliegenden Zeit gesucht werden müssen. Aber auch heute noch gibt es im Reichsgericht eine ganze Anzahl sehr tüchtiger Sachleute.

In eigener Sache zu plädieren, ist immer eine mißliche Angelegenheit. Selbst Juristen begehen dabei, wie man immer wieder beobachten kann, arge Fehler. Andererseits aber ist eine solche Selbstverteidigung doch geeignet, das Maß von Selbstkritik, Abgeklärtheit und allgemeiner Fähigkeit zur Objektivität bei dem sich Verteidigenden festzustellen.

Die weitere sachliche Begründung der Denkschrift entspricht leider nur zu sehr in der Gesamthaltung dem Geiste, der in den einleitenden Bemerkungen zum Ausdruck gelangt ist. Es ist nicht zu leugnen, daß manche beachtliche Argumente vorgetragen werden. Der Ton übersteigter Selbstgerechtigkeit und Geringschätzung anderer Staatsfunktionsorgane machen den Leser aufnahmeunlustig gegenüber dem Inhalt der Begründung.

Mit einem stillen Lächeln wird man auch die bestenfalls auf einer schlimmen Selbsttäuschung beruhende Behauptung lesen, das Reichsgericht werde in seinem Tun nur von rein rechtlichen Erwägungen bestimmt. Es berührt eigenartig, einen Satz dieser Art in einer Denkschrift der höchsten und, wie sie selbst meinen, besten deutschen Richter zu einer Zeit zu lesen, in der es nachgerade als eine Binsenwahrheit angesprochen werden kann, daß die außerrechtlichen Wert- und Vorurteile des Richters für seine Entscheidung von vielfach ausschlaggebender Bedeutung sind.

Die Richter am Reichsgericht haben sich mit ihrer Denkschrift wahrhaft einen schlechten Dienst erwiesen. Die Denkschrift hat einmal mehr offenbart, was allerdings den Kundigen längst kein Geheimnis mehr ist, daß beim Reichsgericht

ein kleinlicher und reaktionärer Geist herrscht. Sie ist geeignet, die Auffassung derer zu stützen, die in der ghettohaften Abgeschlossenheit der Leipziger Reichsgerichtsphäre einen wichtigen Grund für die Vertrauenskrise zu erblicken, die über der deutschen Justiz ausgebreitet liegt. Und sie wird dem ständig anwachsenden Kreis derer neue Kräfte zu führen, die den Ruf erheben: Los von Leipzig! Eiferfucht ist eine schlechte Beraterin. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Denkschrift der Richter des Reichsgerichts die Errichtung des Reichsverwaltungsgerichts und die Angliederung des Staatsgerichtshofs an dieses neue oberste Gericht in stärkstem Maße zu fördern geeignet sein wird.

Preußen und die Arbeitslosenfürsorge. Staatsrat gegen die Kürzung der staatlichen Beteiligung.

Der Preussische Staatsrat befaßte sich am Mittwoch mit dem Gesetz vom 11. Juni über die Beteiligung des preussischen Staates an der Arbeitslosenfürsorge. Der Staatsrat hatte die Bereitstellung von 250 Millionen Mark für diesen Zweck verlangt, die den Gemeinden zustießen sollten. Die Regierung hat diesen Betrag auf 60 Millionen Mark herabgesetzt mit der Begründung, bei der angespannten Finanzlage des Staates größere Mittel zur Zeit nicht zur Verfügung stellen zu können. Der Staatsrat hatte nun Beschluß darüber zu fassen, ob er gegen diese inzwischen vom Landtag angenommene Regelung Einspruch erheben solle.

Unter Verzicht auf den Einspruch faßte der Staatsrat seine Bedenken in folgendem Gutachten zusammen: Der Staatsrat sieht die den Bezirksfürsorgeverbänden vom preussischen Staat gewährte Beihilfe zu den Kosten der gemeindlichen Arbeitslosenfürsorge als gänzlich unzureichend an. Er weist mit allem Nachdruck auf die finanzpolitischen Folgen für die Gemeinden und Gemeindeverbände und auf die allgemeine politische Gefahr für Land und Reich hin, die sich aus der Nichtbeachtung der wirtschaftlichen Notlage eines so erheblichen Teiles der öffentlichen Verwaltung, wie ihn die Gesamtheit der Gemeinden und Gemeindeverbände darstellt, entwickeln müssen. Der Staatsrat behält sich vor, in dieser Angelegenheit erneute Anträge zu stellen, wenn nicht die Staatsregierung von sich aus alsbald weitere geeignete Maßnahmen ergreift.

Ferner stimmte der Staatsrat der Verordnung zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden und Gemeindeverbände zu, die die Mittel, die Preußen für die Wohlfahrtslasten der Stadt- und Landkreise als Bezirksfürsorgeverbände gemäß der Reichsnotverordnung zur Verfügung stellt, verstärkt.

Berstarke Landarbeiterfiedlung.

Forderungen im Siedlungsausschuß des Landtages.

Der Siedlungsausschuß des Preussischen Landtags beschäftigte sich am Mittwoch mit dem Gesetzentwurf zur Abänderung des Landesrentenbankgesetzes. In der Aussprache wurde vor allem die Frage einer stärkeren Berücksichtigung der Landarbeiter bei der Aufteilung der großen Güter, die vielfach höchst mangelhafte Herstellung der Siedlungsbauten und die Verteuerung der Siedlerstellen durch die gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften erörtert.

Die Vorschläge zur Abänderung des Gesetzes wurden im großen und ganzen vom Ausschuß gebilligt. Im einzelnen wurde beschlossen, daß die Einrichtung von Zweigstellen der Landesrentenbank nur nach dem Ermessen des Verwaltungsrats und mit Genehmigung der zuständigen Minister zulässig sein soll, und daß ein Vorstandsmitglied der Landesrentenbank zum Richteramt befähigt sein muß. Die Satzung und ihre Änderungen sind jeweils in der preussischen Gesetzesammlung zu veröffentlichen und dem Landtag zur Kenntnis vorzulegen.

Es wurde sodann ein Antrag angenommen, wonach die Beamten der Landesrentenbank als mittelbare preussische Staatsbeamte anzusehen sind. Die Anstellung der Vorstandsmitglieder bedarf der Bestätigung der zuständigen Minister.

Sakentkrenz schändet Parlament.

Und der Landtagspräsident sekundiert.

Braunschweig, 17. Juni. (Eigenbericht.)

Die letzten Sitzungen des Braunschweigischen Landtags sind durch einen wahren Höllenspektakel der Nationalsozialisten sabotiert worden. An diesem Spektakel beteiligte sich auch der amtierende Präsident, der Nationalsozialist Zörner. Er griff als Präsident verschiedentlich in die Debatte ein, bekämpfte die Redner der Linken und schloß die Abgeordneten, die sich gegen seine Stellungnahme durch Zurufe mehrten, von der Sitzung aus. Als der sozialdemokratische Bauvorsitzende des Reichsbanners von Frankenberg sprach, riefen die Nationalsozialisten „Reichsbannermörder“. Der Präsident sagte darauf zu seinen Freunden: „Ich nehme an, daß Sie mit diesen Worten nicht den Redner gemeint haben. Es steht ja fest, daß das Reichsbanner gemordet hat.“ Der sozialdemokratische Abgeordnete Thielemann, der diese Stellungnahme des Präsidenten sofort zurückwies, wurde von Zörner von der Sitzung ausgeschlossen. Darauf verließ die gesamte Fraktion der Sozialdemokratie mit Thielemann den Saal.

Goebbels in Rötten.

Der „Angriff“ bleibt in der Geldklemme stecken.

Der Verlag des Berliner „Angriff“ ist von zahlreichen Angestellten, die während der Stennes-Revolution fristlos entlassen wurden, und mehreren Schriftstellern, deren Manuskripte während des Krachs in der Hedemannstraße verschwunden sind, auf Schadenersatz verklagt worden. Einer der Termine, der am Mittwoch vor dem Berliner Arbeitsgericht stattfand, enthüllte über die finanzielle Lage des Naziorgans ein trauriges Bild.

Der Kläger fordert von dem Verlag des „Angriff“ mehrere tausend Mark für einen dem Naziblatt zur Verfügung gestellten und nur in einem Exemplar vorhandenen, aber während der Stennes-Revolution spurlos verschwundenen Roman. Der Vertreter des „Angriff“ bot im Verlauf der Verhandlungen einen Betrag von 800 M. an. Er begründete das damit, daß sein Verlag nicht in der Lage sei, eine erhebliche Summe zu zahlen. Die Finanzlage des „Angriff“ sei außerordentlich schlecht; wahrscheinlich könnten Ultimo nicht einmal die Gehälter und Löhne gezahlt werden.

Ein Ergebnis hatten die Verhandlungen nicht, weil der Vertreter des „Angriff“ von seinem Verlag nicht mit genügend Vollmachten ausgestattet war. Der verantwortliche Geschäftsführer war nicht erschienen. Wie sein Vertreter erklärte, ist er am Mittwoch zu Hitler nach München gefahren, um im Braunen Haus über die katastrophale Finanzlage des Berliner Naziorgans Bericht zu erstatten.

Ein Refordjahr der Gehag.

1930 hatte sie 4000 Wohnungen im Bau.

Die freigewerkschaftlich-genossenschaftliche Wohnungsbau-Gesellschaft der Reichshauptstadt, die Gehag, Gemeinnützige Heimstätten-Spar- und Bau-V.-G., veröffentlicht (oben ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1930, das ein Refordjahr in der Entwicklung der erst 1924 gegründeten Gehag darstellt: Rund 4000 Gehag-Wohnungen waren in diesem Jahr im Bau,

darunter die Wohnkafé Carl Legien mit 1145 Wohnungen und der AFA-Hof in Treprow mit 862 Wohnungen.

In der Hufeisen-Siedlung Briß, der Gartenstadtsiedlung Zehlendorf, der Siedlung Weißensee und für Rechnung der mit der Gehag verbundenen Baugenossenschaften „Ideal“ Briß, „Freie Scholle“ Tegel und Arbeiterbaugenossenschaft „Paradies“ Bohnsdorf wurden weitere Bauabnahmen fertiggestellt.

Der Anteil der Kleinwohnungen an der gesamten Wohnungsproduktion der Gehag hat zugenommen: 94,2 Proz. der 1930 errichteten Stockwerkswohnungen wurden in Größen von 1½ bis 2½ Zimmern erstellt.

In den 6½ Jahren ihres Bestehens hat die Gehag insgesamt 8440 Wohnungen in Bau genommen. 2364 davon wurden als Einfamilienhäuser errichtet.

Das Aktientkapital der Gehag beträgt jetzt 1 Million Mark. Es befindet sich zu 78,2 Proz. in den Händen der freien Gewerkschaften Berlins. Die übrigen Anteile sind im Besitz mehrerer Baugenossenschaften, der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin, der Wohnungsfürsorgegesellschaft Berlin, des Verbandes sozialer Baubetriebe und der Demog.

Zu der vorjährigen Vermietungsstrife am Berliner Neuwohnungsmarkt,

die die Tätigkeit der Gehag nur wenig berührt hat, nimmt der Geschäftsbericht in bemerkenswerten Ausführungen Stellung:

„Die Streckung der Berlin zur Verfügung stehenden Hauszinssteuerermittel, die vorgenommen wurde, um den Wohnungsmangel schneller zu befriedigen und der Bauarbeiterschaft einigermassen zureichende Beschäftigungsmöglichkeiten zu sichern, führte zu einer geringeren Bezuschussung der einzelnen Kleinwohnungen mit billigen öffentlichen Mitteln, an deren Stelle teure freie Kapitalien treten mußten. Hinzukam die außerordentliche Steigerung der Baukosten (die von 156,8 Proz. der Vorkriegspreise im Juni 1926 auf 181,4 Proz. in dem für viele Bauten des Jahres 1930 maßgebenden Monat September 1929

stiegen) und das Emporschnellen der Zinskosten der erstellten Kapitalien. Die Entwicklung dieser Faktoren hatte ein derartiges Steigen der Neubaumieten zur Folge, daß eine Berliner 1½-Zimmer-Wohnung z. B., die 1926/27 zu einer Monatsmiete von 45,50 M. zur Vermietung gebracht werden konnte, Mitte 1930 nicht anders als für monatlich 62 M. Miete fertiggestellt werden konnte. Ohne das Mißverhältnis zwischen den hohen Neubaumieten und den Einkommen der noch nicht mit Neuwohnungen versorgten unteren Bevölkerungsschichten hätte auch das zeitweilig außergewöhnlich starke Angebot an Neubauwohnungen von der wohnungsbedürftigen Nachfrage umgehend aufgenommen werden können.

Die un sichere Existenzlage der Arbeiter- und Angestelltenchaft in der allgemeinen Wirtschaftskrise, der Lohn- und Gehaltsabbau trugen das ihre dazu bei, um den Kreis derjenigen, die zur Erzielung einer Neubauwohnung in der Lage waren, einzuzengen.

Durch die Entwicklung der Baupreise und der Zinskosten sowie durch die Streckung der Hauszinssteuerermittel je Wohnungseinheit wurden die Bestrebungen des gemeinwirtschaftlichen Wohnungsbaus, für die minderbemittelten Bevölkerungsschichten hygienisch einwandfreie und räumlich zureichende Wohnungen zu erschwinglichen Mieten zu schaffen, stark gehemmt.

Gegen die einschneidende Kürzung der Hauszinssteuerermittel für den Wohnungsbau und die Senkung des Wohnungsstandards der breiten Massen durch Verteuerung der Wohnungsgrößen nimmt die Gehag auch jetzt wieder entschieden Stellung. Sie hat sich unter dem Zwang der Verhältnisse entschlossen, im Interesse einer Versorgung der werktätigen Bevölkerung Berlins mit preiswerten Neubauwohnungen, deren Erstellung durch die 1931 erfolgten starken Preisstürze am Baumarkt und verbesserte Zinsbedingungen ermöglicht wird, an der Durchführung der neuen Wohnungsbauprogramme mitzuwirken. Sie weist jedoch darauf hin, daß die ungeheure Kürzung der Hauszinssteuerermittel für den Wohnungsbau im Rahmen der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 und die verstärkte Benachteiligung besonders der Reichshauptstadt bei der Verteilung der öffentlichen Wohnungsbaumittel es nur in geringem Maße gestatten, die außerordentlich günstige Preislage am Baumarkt für die an niedrigen Kleinwohnungsflächen höchstens interessierte werksichtige Bevölkerung Berlins auszunutzen. Die allen Arbeitsbeschaffungsprogrammen entgegengelegte Drosselung der öffentlichen Mittel für den Wohnungsbau durch die Reichsregierung kennzeichnet die Gehag ganz zu Recht als das Musterbeispiel einer negativen Konjunkturpolitik, wie sie am wenigsten in einer Krisenzeit wie der jetzigen angebracht ist.

Wie der Zar gestürzt wurde.

Der Geheimbund der Oberpatrioten.

Der russische Historiker Prof. S. B. Melgunow schildert in einer Untersuchung „Auf dem Wege zur Palastrevolution in Rußland“ die bisher im Auslande nur wenig bekannten Details über „Geheimverschwörungen gegen den letzten Zaren vor der Revolution 1917“. Diese Verschwörungen hingen aufs engste mit dem Weltkrieg zusammen, genauer noch: mit den deutschen Siegen an der Ostfront und mit dem Streben russischer Politiker und Militärs, vor allem Deutschland beizukommen. Die Stimmung gegen Nikolaus II. und seine deutschstämmige Frau begann sich seit dem Frühling und Sommer 1915 — seit den Niederlagen Rußlands in den Karpaten und Galizien — immer mehr zu verschärfen. Im September 1915 erschien in der großen und angesehenen Moskauer Zeitung „Russkaja Wjedomosti“ eine Parabel W. Kallakows vom „Wahnsinnigen Schöff“, dem man das Steuer aus den Händen reißen müsse, um das Auto nicht in den Abgrund rollen zu lassen. Diese Aesop-Sprache — im Lande der Zensur von jeder geläufig — wurde sofort im ganzen Lande verstanden. Aber es bleibt nicht beim Fabeldichten. An die Spitze der Verschwörungsbewegung tritt der liberale Fürst G. Swow, der in der Republik des März 1917 Ministerpräsident wurde. „Es ist unmöglich, weiter unter der Herrschaft der Deutschen (d. h. der Zarin) und ihres Kasputin zu bleiben“ — das wird fortan zur Triebfeder aller bürgerlichen Geheimbünde. Diese Ueberzeugung führt zunächst zu einer Annäherung zwischen Swow und dem Oberbefehlshaber General Alexejew; dieser gehörte von Anfang an zu den Hauptfeinden Kasputins. In seinen Erinnerungen erzählt General Denikin von einem offiziellen Essen im Hauptquartier Mogilew, bei dem die Zarin Alexejew zu überzeugen suchte, daß der Besuch des „Starez“ (heiliger Greis, Beinamen Kasputins) im Hauptquartier den Woffen „Glück bringen“ würde. Alexejew erwiderte, wenn Kasputin sich im Hauptquartier nur blicken lassen sollte, würde er sofort sein Rücktrittsgesuch einreichen. Worauf die Zarin sich entfernte, ohne sich von Alexejew zu verabschieden...

Im Herbst 1916 begann das Gerücht zu kursieren, daß die Zarin die Regentchaft übernehmen werde. Darauf engere Fühlungnahme zwischen Swow und Alexejew. Es wird sogar ein Termin für das Beschlagen in Aussicht genommen. Allein Alexejews Krankheit kommt der Aktion in die Quere. Der Oberbefehlshaber geht zur Kur in die Krim. Auf das Gerücht, er sei vergiftet, schreibt Alexandra an den Zaren: „Offenbar hat Gott ihn heimgesucht, um Dich von einem Menschen zu befreien, der vom rechten Wege abgewichen ist.“

Uebrigens geht mit Alexejew in der Stille des Kuraufenthalts eine vollkommene Sinnesänderung vor: er läßt den ganzen Geheimplan fallen, und als Swow ihn besuchen kommt, wird er nicht empfangen. General Brussilow bekundet, da er dem „eigenartigen“ Charakter des Oberkommandierenden kannte, er hätte von ihm nichts anderes erwartet. Prof. Melgunow jedoch erklärt diese Schwendung dadurch, daß Alexejew sich wohl zur Trennung des Zaren von seiner Familie hergeben wollte, nicht aber dazu, Nikolaus II. Thronverzicht zu erzwängen. Und doch dreht es sich schon seit Ende 1916 um Abdankung. Durch Vermittlung des Bürgermeisters von Tiflis, Chatifow, knüpft Swow mit dem Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch, der nach Niederlegung des Oberbefehls Statthalter in Kaukasus ist, Verhandlungen wegen Uebernahme der Regentchaft an. Nikolai Nikolajewitsch sagt ab — die Verhandlungen werden aber der Zarin bekannt durch den mit Chatifow befreundeten Fürsten Bebutow, eine — nach Melgunows Darstellung — recht vielseitige Persönlichkeit: „Kadett“, Freimaurer und, wie nach der Revolution festgestellt wurde, auch Vertrauensmann der Dzhona und „Informator“ der deutschen Regierung...

Diese neue Wendung der Dinge gibt den Geheimplänen eine andere Richtung. Offiziere, einige Großfürsten (besonders Boris Wladimirowitsch, sowie Igor und Gabriel Konstantinowitsch), ferner eine in Kiew 1915 entstandene geheime Freimaurerloge, der nach Melgunows Darstellung Kerensti, Gutschkow, Terechitschenko, Swow u. a. angehörten, — sie alle sind in dem Ziele einig, den Zaren und seine Familie abzuwehen. Es taucht der Plan auf, das Zarenpaar heimlich zu entführen und nach England zu schaffen. Konkrete Gestalt gewann aber von all diesen Plänen der Gutschkows, der sich bei der Beseitigung des Zarenpaars auf das Militär stützen wollte; aber eine Revolution in den beiden Residenzstädten sollte vermieden und die große Soldatenmasse nicht in die Bewegung hineingerissen werden. Bei dem Umsturz sollte vielmehr nur sozusagen eine Truppeneite mitwirken: Detachements, die die Eisenbahn zwischen Petersburg und dem Hauptquartier bewachten. Diesem Plane gemäß hat sich denn auch — nach einem mißglückten Vorkurs des in die Verschwörung eingeweihten Generals Krymow auf Petrograd — die Abdankung des Zaren und der Umsturz tatsächlich abgespielt. Nur hier in seinen Wirbel nicht allein eine Elitekette, sondern immer weitere Soldatenmassen hinein und bildete so, mitten in der Februarrevolution, den Uebergang zu der Machtergreifung der Bolschewiki. Dr. E. Kurwicz.

Waffendiebe spielen mit Revolution.

Schilda am Bodensee.

Lindau, 17. Juni.

Ein dreister Gaunerstreich hat gestern die Einwohner von Bregenz in Aufregung versetzt. Zwischen 6 und 7 Uhr morgens erschienen bei einem österreichischen Grenzposten bei Rindsberg-Sibrags zwei mit Gewehren und zahlreichen Munition bewaffnete Burschen und bedrohten den Beamten. Sie erzählten, sie seien die Vorhut von mehreren hundert Revolutionären aus Bayern, wo die Revolution ausgebrochen sei. Der Einmarsch nach Vorarlberg stehe unmittelbar bevor. Der Posten ließ die Burschen laufen und meldete den Vorfall sofort nach Bregenz, wo man im Zusammenhang mit politischen Versammlungen in Bayern den Gerüchten auch einigen Glauben schenkte. Es wurden sofort alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen, ein Teil der Garnison und die Gendarmerie alarmiert. Die Landesregierung stellte

inzwischen Erkundigungen in Sindau und München an und erfuhr natürlich, daß von einer Revolution oder Unruhen in Bayern keine Rede sei. Daraufhin wurde die Bereitschaft der Garnison wieder aufgehoben. Es stellte sich dann heraus, daß die beiden Burschen in der Sonntagsnacht in einem Jagdschloß bei Oberdorf einen Einbruch verübt und dort die Gewehre und die Munition entwendet hatten. Um mit der Diebesbeute ungehindert über die Grenze zu kommen, hatten sie das Gerücht erzählt. Zur Zeit sind Patrouillen aus Vorarlberg und bayerische Organe im Allgäu auf der Suche nach den Burschen.

Die Alters- und Hinterbliebenenversicherung wurde im Schweizerischen Nationalrat mit 163 gegen 14 Stimmen und im Ständerat mit 30 gegen 5 Stimmen angenommen.

Bombenexplosionen in Turin. Nach einer kurzen Mitteilung des Innenministeriums sind in verschiedenen Teilen der Stadt Turin drei Bomben explodiert. Es wurde niemand verletzt und nur unbedeutender Schaden an der Tür einer Villa angerichtet.

Die Bierzigstundenwoche.

Zur Angestellte der öffentlichen Verwaltungen.

Wie ein bürgerliches Nachrichtenbüro mitteilt, hat die Reichsregierung für Mittwoch vormittag die Angestelltenorganisationen zu einer Besprechung wegen Einführung der in der Rotverordnung vorgesehenen 40stündigen Arbeitszeit bei den Reichsverwaltungen und Betrieben eingeladen. An der Besprechung nahmen noch teil der Vertreter Preußens und der Vertreter des Arbeitgeberverbandes deutscher Gemeinden.

Der Sprecher der Regierung erklärte eingangs, daß das Reich auf Länder und Gemeinden einen Druck ausüben werde, damit sie sich dem Borgehen des Reiches anschließen. Die Einführung der 40stündigen Arbeitswoche soll eine entsprechende Gehaltskürzung nach sich ziehen. Die hierdurch freierwerdenden Mittel sollen für die Einstellung von Angestellten verwandt werden. In einzelnen Verwaltungen und Betrieben, wie Kanzleien, technischen und statistischen Büros, würde nach Ansicht der Reichsregierung die Einführung der 40stündigen Arbeitswoche nicht auf Schwierigkeiten stoßen. Möglich wäre es auch, daß dort, wo die Zahl der Beamten gegenüber den Angestellten sehr gering ist, eine entsprechende Arbeitszeitverkürzung für die Beamten erfolge. Im allgemeinen soll aber die Arbeitszeit der Beamten nicht gekürzt werden.

Nach eingehenden Erörterungen erklärten die Angestelltenorganisationen, daß sie mit Rücksicht auf die am Montag, dem 22. d. M., im Reichsarbeitsministerium stattfindende Besprechung mit den Spitzenorganisationen wegen Festlegung von Ausführungsbestimmungen zu der in der Rotverordnung vorgesehenen Arbeitszeitverkürzung verbindliche Erklärungen nicht abgeben könnten. Folgende Gesichtspunkte wurden aber schon in dieser gemeinsamen Erklärung der Angestelltenorganisationen gegenüber der Reichsregierung besonders herausgestellt:

1. Zunächst einmal Durchführung der 48stündigen Arbeitswoche in den öffentlichen Verwaltungen und Betrieben ohne weitere Gehaltskürzung.
2. Eine weitere Arbeitszeitverkürzung auf wöchentlich 40 Stunden darf, wenn sie den damit verfolgten Zweck, nämlich eine fühlbare Entlastung des Arbeitsmarktes erfüllen soll, nicht auf die öffentlichen Verwaltungen und Betriebe beschränkt bleiben.
3. Die Herabsetzung der Arbeitszeit für die Angestellten muß sich auch auf die Arbeitszeit der Beamten auswirken.
4. Die Kürzung auf 40 Stunden darf keine weitere Gehaltsverminderung nach sich ziehen.
5. Zwang zur Neueinstellung von Angestellten muß ausgeübt werden.
6. Erwerbslose Angestellte, vor allem abgebaute Behördenangestellte, sind bei der Neueinstellung zu bevorzugen.

Warnung an die Angreifer.

Adresse: Kommunistische Partei.

Köln, 17. Juni (Eigenbericht).

In einer Besprechung mit den Vertretern der Kölner Presse erklärte Polizeipräsident Baurnecht, daß er sich infolge der letzten Unruhen in Köln — er nannte sie kommunistische Spießereien auf Anweisung der Berliner Parteizentrale — veranlaßt gesehen habe, der Polizei die Anweisung zu erteilen, künftig in allen Fällen, in denen sie angegriffen werde, rücksichtslos scharf zu schießen. Er sei nicht genehmigt, die Beamten diesen Angriffen ohne scharfe Gegenwehr auszuweichen. Bei den Unruhen am Freitag und Sonnabend voriger Woche seien insgesamt 300 Personen zwangsgewaltig worden, die nach ihrer Vernehmung wieder entlassen worden sind.

Neue Krawalle in Köln.

Köln, 17. Juni.

In den gestrigen Nachmittags- und Nachstunden kam es hier zu Zusammenrottungen. Vor dem Hofplatz sammelte sich eine Menschenmenge an, die das Gebäude mit Steinen bewarf und eine Reihe von Fensterscheiben zertrümmerte. Fünf Personen wurden durch die Schutzpolizei festgenommen. Um Mitternacht bildete sich ein weiterer Demonstrationzug. Die einschreitende Schutzpolizei wurde mit Steinen beworfen und beschossen. Als die Beamten ebenfalls von ihrer Schutzwaffe Gebrauch machten, ging die Menge auseinander. Auch hier wurden fünf Personen festgenommen. Verletzt wurde niemand.

Schießereien bei Remscheid.

Remscheid, 17. Juni.

Am Dienstagabend wurde der Polizei gemeldet, daß zwei Kraftwagen mit Nationalsozialisten in der Gegend der Rüngstener Brücke von Kommunisten angegriffen und mit Steinen beworfen worden seien. Im Verlauf dieser Auseinandersetzung sei es dann zwischen beiden Parteien zu einer Schießerei gekommen. Eine Streife der Polizei nahm eine Durchsuchung der beiden Kraftwagen der Nationalsozialisten vor, wobei nach dem Bericht des Polizeipräsidenten fünf Schusswaffen, drei Stichtaffen, elf Handwaffen usw. gefunden wurden.

In der Nacht mußte die Polizei noch einmal zur Rüngstener Brücke gerufen werden, da sich dort Kommunisten in größeren Massen angesammelt hatten, um heimkehrende Nationalsozialisten zu empfangen. Als die Polizei erschien, wurde sie aus dem Hinterhalt beschossen. 17 Personen, fast alles Kommunisten, wurden festgenommen.

Preußens Finanzen.

204 Millionen Fehlbetrag.

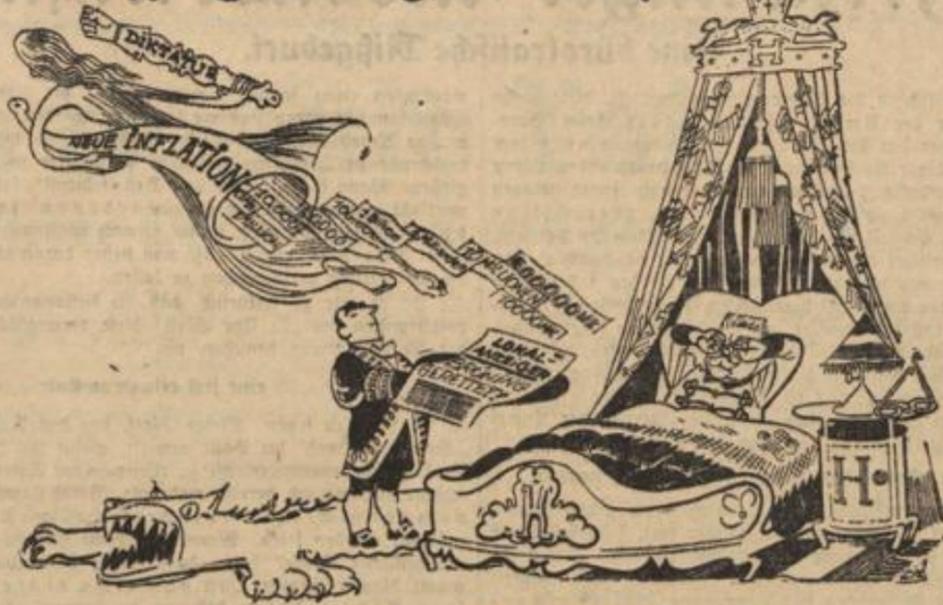
Wie der Amätsche Preussische Pressedienst mitteilt, ergibt sich nach einer abschließenden Uebersicht über die preussischen Staatsfinanzen bei einem Einnahmestand von 1552 Mill. M. und Ausgaben in Höhe von 1756,3 Mill. M. ein Defizit von 204,3 Millionen. Der Fehlbetrag von 17,6 Mill. M., mit dem der preussische Staat in das Finanzjahr 1930/31 gegangen war, konnte durch Absetzung nicht erforderlicher Reisausgaben gedeckt werden.

Die Betriebsverwaltungen brachten infolge geringerer Reinerträge der Domänen und Forsten 99,4 Mill., die Reichssteuerüberweisungen 74,5 Mill. und die Kraftfahrzeugsteuer 15,4 Millionen Mark weniger, als im Voranschlag eingeplant war.

Die preussischen Steuern und Abgaben weisen eine Mindereinnahme von 19,5 Mill. M. auf. An sonstigen Einnahmen der allgemeinen Finanzverwaltung hat sich ein Minderertrag von 6,3 Mill. M. ergeben. Auf der Einnahmeseite betrug mithin die Gesamtverschlechterung 139,7 Mill. M.

Bei dem Unleichhaushalt haben von der Stabilisierung an bis zum Ende des Rechnungsjahres 1930 betragen die Einnahmen 699,7 Mill. M. und die Ausgaben 782,4 Mill. M. Hiernach beträgt sich der tatsächliche Fehlbetrag im Unleichhaushalt am

Hugenberg, erwache!



„Es war wieder mal nur ein Traum!“

Besondere Vollmachten in Wien.

Mitwirkung eines Parlamentsausschusses / Ender verhandelt über die Bildung der neuen Regierung.

Wien, 17. Juni.

Der Bundespräsident ersuchte heute abend den Bundeskanzler Dr. Ender, die Bildung der neuen Regierung zu übernehmen. Bundeskanzler Dr. Ender erklärte, daß nach seinen Erfahrungen die außergewöhnlichen Schwierigkeiten der heutigen Lage vom Parlament in der gewöhnlichen Weise nicht bewältigt werden könnten, und daß er daher dieser Aufforderung des Bundespräsidenten nur dann Folge zu leisten imstande wäre, wenn gewisse Vorbedingungen geschaffen werden.

Vor allem müßte das Parlament der Regierung weitgehende außerordentliche Vollmachten für eine angemessene Zeit erteilen, um das Gleichgewicht im Bundeshaushalt rasch wiederherzustellen und in dem die Kreditanstalt betreffenden Fragenkomplex die gebotenen Maßnahmen zu treffen. Die Mitwirkung eines kleinen Parlamentsausschusses bei Ausübung dieser außerordentlichen Verordnungsgewalt wäre dabei vorzuziehen. Eine weitere Bedingung sei die, daß die Bereitwilligkeit gewisser Persönlichkeiten zur Mitwirkung in der neuen Regierung gegeben sei.

Der Bundeskanzler wird morgen durch Zählungnahme mit den Parteien und mit den in Frage kommenden Persönlichkeiten feststellen, ob diese Bedingungen erfüllt werden können, worauf er seine Entscheidung über die Annahme des Auftrages treffen wird.

Frankreich für Habsburg!

Französische Linke flugt an.

In Paris erscheint das vielgelesene Wochenblatt „La Lumière“ (Die Leuchte), herausgegeben von dem bekannten Linkspolitiker

Prof. Aulard und geschrieben von sozialistischen Journalisten, die den „Quotidien“ verlassen haben, als er von dem Niveau eines Kampfblattes gegen Kriegsbege, Ausbeutung und Reaktion in den Geschäftsjumpfen so vieler Pariser Zeitungen hinabgezogen wurde. Die neueste Nummer dieser Zeitschrift greift im Beitaritel in schärfster Weise die französische Diplomatie an, weil sie die habsburgischen Ansprüche auf den ungarischen Königsthron unterstütze, den Jüngling Otto zum Träger der „heiligen Stephanskrone“ und weiterhin auch noch zum Herrscher über Klein-Oesterreich machen wolle — der Artikel unterläßt nicht, auf den Feis des roten Wien hinzuweisen —, ungeachtet des Widerstandes anderer Nachfolgestaaten, besonders der Tschechoslowakei. Ueber diesen Widerstand hinwegzugehen, bedeutet für Frankreich, nach der „Lumière“, den Verlust seines treuesten Freundes; bedroht durch eine neue Habsburgermonarchie im Bunde mit — Italien und Kraft seiner weitreichenden Forderungen und monarchischen Interessiertheit auch noch mit Rumänien und Bulgarien, bliebe dann der Tschechoslowakei kaum noch die Selbständigkeit.

Wüßte man nicht, daß hierfals französische Diplomaten nicht erst heute die habsburgischen Pläne unterstützen, so müßte man die Behauptungen der Pariser Wochenchrift als fixe Ideen ansehen; aber es ist nur zu glaubhaft, weil es abfurh ist. Wie aber können die Republikaner, diese ungeheure Wehrheit des französischen Volkes, ein solches Treiben seiner Diplomaten dulden, über dessen Friedensgefährlichkeit ebensowenig Zweifel bestehen kann, wie über seine Unwürdigkeit und seine wahre Schändlichkeit!

Schlüsse des Rechnungsjahrs 1930 auf 82,7 Mill. M. Der gesamte Fehlbetrag erhöht sich damit auf rund 204 Millionen Mark.

Briand am Zügel.

Der Sinn der letzten Abstimmung.

Paris, 17. Juni. (Eigenbericht.)

Die Abstimmung in der französischen Kammer am Dienstagabend, durch die die Rechtsmehrheit abermals der Regierung Bonaf das Vertrauen ausgesprochen hat, hat die zweideutige Politik der französischen Kammer von neuem bestätigt, aber infolgedessen eine Klärung gebracht, als es erkennen läßt, daß die Mehrheit fest entschlossen ist, aus Furcht vor einer Linkregierung das Kabinett Laval bis zum äußersten zu verteidigen, obwohl zahlreiche Abgeordnete gegen die Außenpolitik Briands sind. Ein Briand unter der Aufsicht Lavals, der zum Schluß der Debatte wieder betonte, daß es nur eine Außenpolitik der ganzen Regierung gebe und das Kabinett keine außenpolitische Entscheidung ohne vorherige Zustimmung des Parlaments treffen werde, ist der Mehrheit immer noch lieber als ein Briand in einem Linkskabinett, über das die Rechte keine Kontrolle ausüben kann. Einige Mitglieder der Regierungsparteien, die allerdings dem linken Flügel der Mehrheit angehören, haben sogar den Mut gehabt, auf der Tribüne offen die Außenpolitik Briands zu billigen und zu erklären, daß die Opposition nur von einzelnen Heißspornen ausgehe. Dadurch ist die Stellung Briands nach außen hin vielleicht sogar verstärkt worden. Innerhalb des Kabinetts ist seiner Initiative aber durch die Erklärungen Lavals ein Zügel angelegt worden. Man behauptet in der Kammer sogar, daß das auffällige Schweigen Briands bei der Debatte auf den Wunsch des Ministerpräsidenten zurückzuführen ist.

Franklin-Bouillon hat sich durch seine Angriffe gegen die Mehrheit noch mehr als bisher isoliert. Zum größten Teil sind daran seine Enthüllungen über die Propaganda verschiedener Minister gegen die Wahl Briands zum Präsidenten der Republik schuld, die auf der Rechten mit heftigen Protesten aufgenommen wurden. Infolge dieser Enthüllungen und der beruhigenden Erklärungen Lavals haben statt der Franklin-Bouillon zugesicherten 50 Abgeordneten des rechten Flügels der Regierungsmehrheit nur sechs Abgeordnete (zwei von der Fraktion Marin, darunter natürlich ihr Führer, und vier von der Fraktion Maginot) gegen die Regierung gestimmt. Marin und Kelbel zogen es entgegen ihrem Versprechen vor, die Ausführungen des Interpellanten nicht auf der Tribüne zu unterstützen. Dieses Verhalten des rechten Flügels der Mehrheit hat Franklin-Bouillon bitter enttäuscht, aber nicht entmutigt. Denn er kündigte bereits kurz nach der Sitzung in den Bandelgängen der Kammer an, daß er bald eine neue Interpellation einbringen werde.

Geschäftsminister Stribrny.

Große tschechische Korruptionsaffäre.

Prag, 17. Juni. (Eigenbericht.)

In einem besonderen Ausschuss des Abgeordnetenhauses wurde über eine Korruptionsaffäre verhandelt, wie sie die Tschechoslowakei bisher nicht gekannt hat.

Der ehemalige Eisenbahnminister und stellvertretende Ministerpräsident Georg Stribrny, Führer der tschechischen „nationalen Liga“, wurde vom nationalsozialistischen Abg. Stranitz beschuldigt, sich und seine Verwandten während seiner Amtszeit bereichert zu haben. Am 6. März wurde ein 24gliedriger parlamentarischer Ausschuss eingesetzt, der den Fall untersuchen sollte. Dieser Ausschuss, dessen Obmann der Agrarier Stefanek und dessen Referent der Sozialdemokrat Koudelka sind, hat seine Arbeiten beendet. Er tagte am Dienstag zur Entgegennahme eines Berichts von früh bis abends. Aus dem Bericht des Referenten geht hervor, daß

durch Protokolle des Eisenbahnministeriums, durch Geschäftsbücher verschiedener Firmen und durch Zeugen- und Sachverständigenausfragen der Beweis über die Korruption Stribrnys erbracht

ist. Stribrny bediente sich bei seinen Geldgeschäften seines Bruders als Mittelsmann, der bei den einzelnen Firmen gut eingeführte Agenten unterhielt. In dieser Weise machte Stribrny mit seinem Bruder in verhältnismäßig kurzer Zeit über 20 Millionen tschechischer Kronen an Provisionen für Kohlenlieferungen, die die Kohlenfirmen zahlen mußten, wenn sie Staatsaufträge erhalten wollten. Das Geld deponierte Stribrny auf fingierten Namen bei einer Bank. Während des Kohlenarbeiterstreiks im August 1923 verkaufte er minderwertige böhmische Braunkohle als teure englische Kohle! Er tat dies in der Weise, daß sein Bruder aus der ihm gehörenden Grube, in der nicht gestreikt wurde, die Kohle nach Oesterreich sandte, von wo sie — als englische Kohle deklariert — nach Böhmen zurücktransportiert wurde. 1920 kaufte Stribrny durch Vermittlung eines Prager Uhrmachers 2600 Lastwaggons in Deutschland.

Der Untersuchungsausschuss beantragte wegen dieser und anderer Korruptionsaffären gegen Stribrny ein Strafverfahren einzuleiten. Stribrny gibt an, daß er das Geld nicht für sich, sondern für die Nationalsozialistische Partei vermandt habe, der auch der Außenminister Dr. Benes angehört; Stribrny ist heute nicht mehr Mitglied dieser Partei.

Auf dem spanischen Bahnhof Castellon trafen Katholiken und republikanische Arbeiter zusammen. Auf Ruhe: „Christus, der König!“ antworteten die Arbeiter mit: „Es lebe die Republik!“ In einem folgenden Handgemenge wurde ein Mann getötet, 20 Personen schwer verletzt.

Calistros dunkle Tat.

„Ich mußte mich wehren vor dieser hinterlistigen und rasenden Frau.“

Verbrechen, die in Jahrzehnten vielleicht einmal vorkommen, lösen schon deshalb allein den Verdacht berechtigt erscheinen, daß mit dem Täter etwas nicht stimmen muß. Diese Feststellung trifft auch auf den 26jährigen Muttermörder Calistros Thielecke zu. Waren Abstammung, Entwicklung und häusliches Milieu dieses jungen Menschen derart, daß er unter Umständen zu Handlungen fähig sein konnte, die man einem anderen nie zutrauen würde, so ist sein Verhalten vor Gericht, insbesondere seine vom unmotivierten Lächeln immer wieder unterbrochene zynische Schilderung, auf welche Weise er seine Mutter getötet hat, durchaus geeignet, gewisse Zweifel an seinem Geisteszustand zu erwecken. Im Augenblick aber nicht mehr als das. Das eine weiß aber auch der Laie bereits heute, der Angeklagte muß irgendwo einen schweren eihischen Defekt haben. Wäre das nicht der Fall, er spräche nicht so von seiner Mutter, möge er sie noch so gehaßt haben.

Die Verhältnisse im Hause Thielecke.

Bei der Beurteilung der Verhältnisse im Hause der getöteten Mutter, Camilla Thielecke, wird man stets im Auge behalten müssen, daß es eigentlich keine wirkliche Häuslichkeit gewesen ist. „Meine Eltern“, sagte der Angeklagte, „lebten in einer polnischen Welt.“ Die Kinder, die er als Kind sang, waren entweder italienische oder russische.

Eine scharfe Aenderung im Verhältnis der Mutter zum Angeklagten entstand im Jahre 1923. Sie wollte, daß der Achtehnjährige immer noch ihr kleiner Junge wäre. Er erfuhr damals auch, daß er ein uneheliches Kind ist und diese uneheliche Geburt erhielt er später immer wieder von der Mutter vorgeworfen. Damals durchschaute er auch das Leben seiner Mutter. Immer wieder wechselten die Männer und sie hatte schon einen andern Mann, bevor sie mit dem früheren das Verhältnis abgebrochen hatte. Besonders schlecht kam er mit dem letzten Mann seiner Mutter, Herrn Tschöckel, aus. Vor-
sitzender: Wie stellen Sie sich denn Ihre Zukunft vor? Angeklagter: Ich hatte keine festen Pläne, die Verhältnisse zu Hause waren aber unerträglich, aus diesem Zustande mußte ich heraus. Ich war bis zum Jahre 1926

der Gefangene meiner Mutter.

Sie schnitt mir die Knöpfe von den Anzügen, zerschchnitt mir die Kleider, damit ich nicht aus dem Hause konnte. Es war Nachspielerei. Ich war überhaupt im Wege. Schon als Zehnjähriger wollte sie mich in der Badewanne ertränken. Sie sagte zu mir: Du hast mein Leben verpfuscht, ohne dich lebe ich jetzt im Balast. Nach dem Vergiftungsversuch an mir, flüchtete ich zu meinem Vater. Sie besuchte mich hier, es kam beim Mittagessen zu einer Auseinandersetzung, sie reizte mich derart, daß ich ein Messer gegen sie schleuderte. Als dann auch die Frau des Angeklagten in die Wohnung der Goldstern zog, wurden die Verhältnisse noch unhaltbarer. Frau Thielecke sprach immer wieder davon, daß sie weg mü ß t e. Vorsitzender: Vielleicht meinte sie damit, daß Sie aus dem Hause weg sollten. Angeklagter: Nein, wir sollten vernichtet werden.

Die Tat in der Badestube.

In der Nacht vom 6. bis 7. August übernachtete die Frau des Angeklagten mit dem Kinde bei der Mutter. „Als ich abends nach Hause kam“, erzählte der Angeklagte, „rief sie mich in das Badezimmer. Sie sprach zuerst von ihrer Schwester Ludmilla, dann wie immer über verschiedene Klatsch und Tratsch, es waren die üblichen Sticheleien, sie sagte auch: „Jetzt ist wohl die Reihe an mir, zuerst kommt aber die junge Generation ran“. Ich hörte gar nicht hin, merkte aber auf, als Worte fielen. „Ja das Kind würde ich leben lassen“. Im selben Augenblick fiel die Seife auf den Fußboden. Ich bückte mich, um sie aufzuheben, plötzlich

riß sie mir den Dolch aus der Scheide. Das Wasser schwappte, ich sagte mir nur noch, jetzt bist du in der Falle und seitdem war bei mir Kurzschluß. Ich erinnere mich überhaupt an alles nur sehr verschwommen, es sind gewissermaßen nur Stationen. Ich sah etwas über mir stehen und dachte nur, dieser Mensch muß herunter. Ganz besonders sind mir die Klanglaute in Erinnerung. So mußte wohl das Messer gefallen sein.

Ich entsinne mich auch, daß das Wasser blutig wurde. Dann hörte ich die Mutter schreien, sie rief immer: „Du zuerst, du zuerst.“ Einmal muß ich beide Hände an ihrem Hals gehabt haben.

Vorsitzender: Sie haben ihr aber eine so große Anzahl Stiche beigelegt, auch am Hals. Angeklagter: Es wird vielleicht zynisch erscheinen, wenn ich sage: sie zappelte zu sehr, sie hatte solch zähes Leben, ich wollte absolut Ruhe haben, deshalb habe ich sinnlos zugestoßen.“ Vorsitzender: „Und was war hinterher?“ An-

geklagter: Ich weiß nur daß ich sie an den Haaren gefaßt und hin und her geschleift habe. Ich habe richtige Wut bekommen auf den Menschen.“ Vorsitzender: „Und dann haben Sie die Mutter aus dem Wasser gezogen.“ Angeklagter: „Ja, ich konnte doch die Mutter nicht im blutigen Wasser lassen. Ich ließ deshalb das blutige Wasser ablaufen und immer wieder neues hinzulaufen. Daß ich den Körper aus der Wanne genommen habe, schließe ich wieder aus dem Klang beim Anschlag des Kopfes auf den Fußboden.“ (Der Angeklagte schlägt auf die Barriere, um den Laut zu zeigen.) Vorsitzender: „Und dann holten Sie eine Peine und verschürten Ihre Mutter?“ Angeklagter: „Ja. Nachdem das Blut abgewischt war. Ich liebe Ordnung und Sauberkeit — verschürte ich sie wie ein Paket und legte auch die Kleider und den Hut darüber. Für mich war es nur noch ein sachlicher Begriff, eine Mumie. Am nächsten Morgen erwachte ich und sah mich im Nachthemd. Ich kleidete mich an und suchte meine Frau auf. Sie sagte mir: Du hättest das nicht tun, besonders nicht einwickeln sollen. Jetzt stugte ich zum ersten Male. Bis dahin war ich ganz sorgenlos, fühlte mich ganz frei. Jetzt begann ich zum ersten Male zu denken und beschloß auch, in der Polizei die Sache so darzustellen, als wäre ich mit der Pistole bedroht worden. Ich rief nach meinem Freund Ben Gorian an und fragte ihn, ob er Kerven hätte, etwas Ungeheuerliches zu hören. Er sagte ja und ich erzählte, daß ich meine Mutter getötet habe; ob das seine Stellung zu mir ändern würde, fragte ich ihn. Im Polizeirevier verfiel ich wieder in meinen gleichgültigen Zustand.

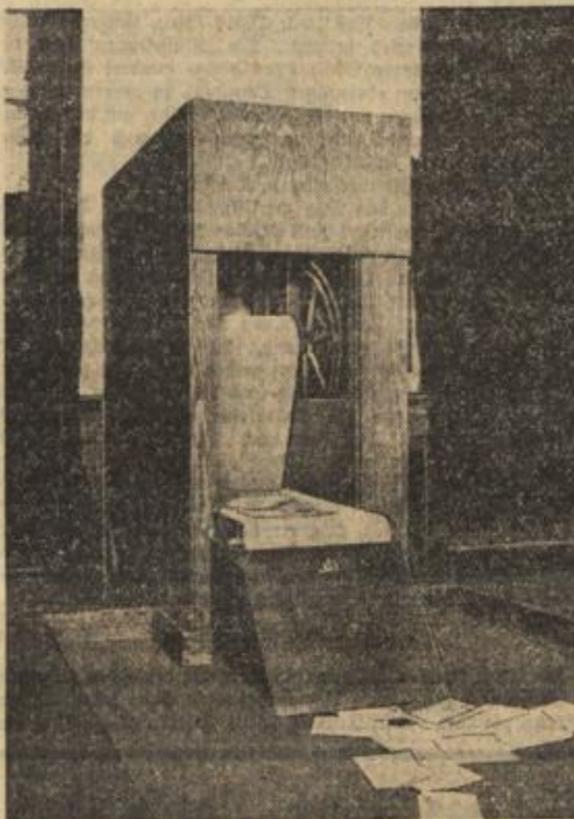
Die medizinischen Sachverständigen

stellen fest, daß die Leiche der Mutter 14 Stichwunden, darunter mehrere tödliche Herz- und Lungenschläge aufgewiesen habe. Die Stiche im Rücken müssen ganz zuletzt beigebracht worden sein. Durch das Zuschneiden ist der Kehlkopf gebrochen. Interessant ist übrigens ein Brief, den der Angeklagte aus dem Gefängnis an seine Frau geschrieben hat: Ich kann nicht dafür, daß ich töten mußte. Ihr alle wißt, daß ich keiner Affekthandlung fähig bin, stets ruhig und besonnen war. Jeder Weg und Schicksal ist vorgezeichnet, der Mensch kann sich ihm nicht entziehen. Willst Du an Tante Hedda schreiben, schreibe einen Brief mit wenigen Zeilen, daß ich zwar töten mußte, aber das ich im Motiv unschuldig bin. Ich mußte mich wehren vor dieser hinterlistigen und rasenden Frau, die ich als Mutter früher so verehrt hatte. Kecklich äußerte sich der Angeklagte auch in anderen Briefen. Die Verhandlung geht heute um 9 Uhr weiter.

Geheimnis um einen Toten.

Vor einigen Tagen wurde über das Verschwinden des Wiedehändlers Ernst Werten aus Golzow berichtet. Am 2. Juni war Werten nach Golzow nach Gufow gefahren, um dort eine Kuh zu kaufen. Sein Bruder Arnold hatte ihn auf seinem Motorrad mitgenommen und Ernst dann in Gufow verlassen. Der Händler schloß den Kuhkauf ab und das Tier traf auch ordnungsgemäß in Berlin ein. Ernst kaufte sich dann, wie jetzt feststeht, eine Fahrkarte nach Berlin, um hier seine Verwandten in Neukölln zu besuchen. Er ist aber hier nicht eingetroffen. Alles Suchen war vergebens, bis er am 7. Juni in der Nähe der Hölzerlei Kernbusch a u s der Ober gelandet wurde. Die erste Annahme, daß der Mann mit seinem Motorrad in der Dunkelheit ins Wasser geraten sei, ist hinfällig, da jetzt feststeht, daß er sein Rad nicht benutzt hat, sondern mit seinem Bruder gefahren ist. Auch für einen Selbstmord ist wenig Wahrscheinlichkeit vorhanden. Die Sektion der Leiche, hat keine Klarheit ergeben. Von der Berliner Wordinspktion ist ein Beamter nach Golzow gesandt worden, der die Untersuchung im Verein mit den Ortsbehörden führen wird. Nach den Angaben seiner Verwandten soll Werten eine größere Summe bei sich getragen haben, die bei der Leiche nicht mehr gefunden wurde.

Automatische Briefkästen



Die Deutsche Reichspost hat neuerdings in verschiedenen großen Postämtern Förderanlagen eingebaut, die für eine automatische Entleerung dieser Briefkästen sorgen. Sobald die eingeworfenen Briefe ein bestimmtes Gewicht erreicht haben, setzt sich die hinter dem Einwurfschütz befindliche Schachtrutsche selbständig in Bewegung und bringt die Briefe auf ein laufendes Förderband.



Eine Menge von Sofas, Sekretären, Glasschränken aller Stile, aller Epochen defilierten an den Konzeptionären vorbei. „Hier war ich schon“, sagte Lisa, als sie in einen neuen Saal kamen. „Ich denke, es lohnt nicht, sich hier länger aufzuhalten.“ Zu ihrer Ueberraschung blieben ihre Begleiter, die sonst alle anderen Möbel gleichgültig gelassen hatten, bei der Tür wie Wächtposten stehen, statt gleich weiter zu stürzen. „Warten Sie“, sagte Worobjew und befreite sich von ihrer Hand, „nur eine Sekunde.“ Das große Zimmer war mit Möbeln überfüllt. Die Stühle Meister Gombs standen an der Wand und um den Tisch herum. Ihre gebogenen Beine und bequemen Lehnen waren Worobjew atemraubend bekannt. Ostap sah ihn forschend an. Worobjew errötete. „Sie werden müde sein, Fräulein“, sagte er zu Lisa. „Setzen Sie sich und ruhen Sie sich aus. Wir wollen indes ein bißchen herumgehen. Dies scheint mir ein interessanter Saal.“ Die Konzeptionäre brachten es dazu, daß Lisa sich setzte und gingen zum Fenster. „Sind es Ihre Möbel?“ fragte Ostap. „Es scheint so. Nur die Ueberzüge sind anders.“ „Sehr schön. Die Ueberzüge konnten gemechselt werden.“ „Man muß die Stühle genau prüfen.“ „Sind alle hier?“ „Ich will gleich zählen. Warten Sie, warten Sie...“ Worobjew zählte die Stühle. „Erlauben Sie“, sagte er endlich, „es sind ihrer vierundzwanzig. Das kann nicht sein. Es sollen doch nur zehn sein.“ „Schauen Sie genauer hin. Vielleicht sind das gar nicht Ihre Stühle.“ „Es scheint mir, daß die Lehne anders ist als bei den meinen.“

„Also sind sie es nicht?“ „Nein.“ Worobjew war ganz bedrückt. „Gut“, sagte Ostap, „die Sitzung dauert weiter. Ein Stuhl ist keine Nadel. Man wird ihn finden. Ich werde mit der Direktion in Kontakt treten müssen. Setzen Sie sich neben das Fräuleinchen und bleiben Sie sitzen. Ich komme gleich zurück.“ Unter Benders strenger bevormundender Gegenwart hatte Worobjew seine Physiognomie verloren, ging unter in dem mächtigen Intellekt des türkischen Staatsangehörigen. Jetzt, da er mit der reizenden Bürgerin Kalatschowa allein blieb, hatte er das Bedürfnis, ihr von all seinen Aufregungen und Sorgen zu erzählen, doch traute er sich nicht recht. „Ja“, sagte er, und sah seine Nachbarin zärtlich an. „So ist die Sache.“ — Ein Liebestraum — dachte Worobjew, da er in das feine Gesicht Lisas blickte. Und der gewesene Vorsitzende des Gubernial-Abels begann sich leidenschaftlich nach Frauenzärtlichkeit zu sehnen. Daß es ihm daran mangelte, lag wie ein schwerer Druck auf seinem Leben. Er nahm unverzüglich Lisas Pfötchen in seine runzeligen Hände und begann eifrig von Paris zu erzählen. Er hätte jetzt reich, freigebig und unwiderstehlich sein mögen. „Sind Sie wissenschaftlicher Arbeiter?“ fragte Lisa. „Ja... einesteils“, antwortete Worobjew und fühlte, daß er seit seinem Verkehr mit Bender eine ihm früher unbekannte Freiheit erlangt hatte. „Und wie alt sind Sie, wenn ich fragen darf?“ „Diese Frage steht in keinem Zusammenhang mit meiner gegenwärtigen wissenschaftlichen Arbeit. Wann werden Sie mir das Glück gewähren, Sie wiederzusehen?“ fragte Worobjew näselnd. „Macht es Ihnen denn Spaß, mit mir zu reden?“ „Wann also?“ fragte Worobjew ungeduldig. „Wann und wo werden wir uns wiedersehen? Heute?“ „Run gut. Heute. Kommen Sie zu uns.“ „Nein, treffen wir einander lieber in frischer Luft. Das Wetter ist jetzt so schön. Kennen Sie das schöne Gedicht: Das ist der Mai, der schöne Monat Mai...?“ „Ist das vielleicht ein Gedicht von Scharow?“ „W—m... Mir scheint, heute also? Und wo?“ „Wie merkwürdig Sie sind! Wo Sie wollen. Vielleicht beim Panzerschranz, Sie wissen doch?“

„Ich weiß. Im Korridor. Um wieviel Uhr?“ „Wir haben keine Uhr. Sobald es dunkel wird.“ Worobjew hatte noch knapp Zeit, Lisas Hand zu küssen, was er sehr feierlich tat, als Ostap zurückkam. Er sah sehr ernst aus. „Verzeihen Sie, Mademoiselle“, sagte er rasch, „wir können Sie aber nicht begleiten. Wir haben etwas sehr Wichtiges vor. Wir müssen uns so rasch wie möglich irgendwohin begeben.“ Worobjew blieb der Atem stehen. „Auf Wiedersehen, Elisa Petrowna“, sagte er eilig, „Verzeihung, Verzeihung, wir eilen aber sehr.“ Und die beiden Kompagnons liefen weg, Lisa in dem Zimmer mit den Gombs-Möbeln zurücklassend. „Wäre ich nicht dort gewesen“, sagte Ostap, während sie die Treppe hinunterstiegen, „so hätten wir nichts herausbekommen. Beten Sie mich an. Ich sage Ihnen, Sie haben mich anzubeten. Und riskieren Sie nur ruhig dabei, sich den Kopf zu verrenken.“ „Haben Sie die Möbel gefunden?“ winselte Worobjew. „Jawohl. Denken Sie nur, sie sind in diesem Chaos erhalten geblieben. Sie haben keinen Museumswert. Man hat sie in ein Depot eingestellt und gestern erst, merken Sie sich das, gestern erst, nach sieben Jahren, hat man sie in die Auktion zum Verkauf befördert. Und wenn sie gestern oder heute nicht verkauft worden sind, so gehören sie uns! Sind Sie jetzt befriedigt?“ „Schnell!“ rief Worobjew. „Eine Droschke!“ „Beten Sie mich an, beten Sie! Keine Angst, Hofmarschall! Wein, Weib und Karten sind uns gesichert. Dann werde ich Ihnen auch die blaue Weste bezahlen.“ Die Konzeptionäre liefen wie junge Pferde in die Passage, wo sich der Auktionsaal befand. Gleich im ersten Zimmer sahen sie, was sie so lange suchten. Sämtliche zehn Stühle Worobjews standen hier auf ihren gebogenen Beinen an der Wand. Nicht einmal die Ueberzüge waren nachgedunkelt, verschossen oder schäbig. Die Stühle waren frisch und rein, als wären sie eben erst unter Klawdia Iwanownas Aufsicht hierhergeschafft worden. „Sind sie es?“ fragte Ostap. „Mein Gott, mein Gott“, stöhnte Worobjew, sie sind's. Das sind die richtigen. Jetzt gibt es keinen Zweifel mehr.“ (Fortsetzung folgt.)

Befuch aus Hamburg.

In der Schönhauser Straße ermittelt und verhaftet.

Etwas überstürzt mußten der 20 Jahre alte Fritz Kasimir und sein gleichaltriger Freund Max Weikner vor einiger Zeit Hamburg verlassen. Beide hatten mehrere Klubbücher an der Alster erbrochen und die Beute verkauft. Als sie merkten, daß die Polizei sie suchte, stahlen sie sich ein Motorrad und fuhren damit in die Provinz. Vor etwa 14 Tagen kamen beide nach Berlin. Max sprach bei einem Bäckermeister in der Köpfer Straße vor und bat um Arbeit. Er mußte morgens Brötchen austragen und gelegentlich auch auf dem Grundstück des Meisters in Papenberge Gartenarbeiten verrichten. Wenige Tage nach seinem Antritt verschwand er aber schon wieder. Gemeinsam mit seinem Freund Fritz verübten sie zunächst einen Einbruch in das Wochenendhaus seines Meisters und plünderten dann nach und nach auch die anderen Wochenendhäuser. Der Erfolg wurde sofort in Berlin verjubelt. Während Max in Stellung bei dem Meister war, war auch Fritz nicht untätig. Er lauerte abends im Tiergarten alleingehenden Frauen auf und entriß ihnen die Handtasche. Beide wurden jetzt von Kriminalbeamten in einem Lokal in der Schönhauser Straße aufgegriffen und festgenommen. Von ihrer Beute aus den Einbrüchen ist nicht mehr viel vorhanden. Fritz gibt zu, in zwei Fällen Handtaschen Diebstähle ausgeführt zu haben. Wenn sie hier abgeurteilt worden sind, werden sie an die Hamburger Gerichte ausgeliefert.

Seit Monaten wird von verschiedenen Kriminalbehörden wieder einmal die 31 Jahre alte Marie Drieling gesucht. Vor drei Jahren tauchte sie als diebische Hausmädchen in Berlin auf. Ueberall, wo sie Stellung angenommen hatte, verschwand sie nach kurzer Zeit und mit ihr Schmuckstücke, bares Geld und alles, was sie erbeuten konnte. Sie hakte sich Papiere auf den Namen Frida Rüge verschafft und auch ihre Zeugnisse auf diesen Namen gefälscht. Als sie sich nach mehreren größeren Diebstählen in Berlin nicht mehr sicher fühlte, verlegte sie ihr Tätigkeitsfeld in die größeren Provinzstädte. Schließlich wurde sie aber doch in Darmstadt gefasst und abgeurteilt. Seit einiger Zeit ist sie aber wieder auf freiem Fuß. Jetzt reist sie mit einem Begleiter. Auf ihrer Rundreise durch die Provinzstädte sind die beiden jetzt, in die Nähe von Berlin gekommen, so daß damit gerechnet werden muß, daß sie in der nächsten Zeit hier wieder einen Diebstreich verüben werden.

Jugendheim der Auslandsdeutschen.

Wie bereits mitgeteilt, hat der Landesverband Mark Brandenburg des Vereins für das Deutschtum im Ausland das in Hubertushöhe bei Storkow gelegene frühere Heim der Hedwig-Wangel-Hilfe mit Unterstützung der Behörden erworben und es zum Jugendheim für die reichs- und auslandsdeutsche Jugend umgebaut. Wander-, Erholungs- und Arbeitsheim soll diese Stätte inmitten prächtiger märklicher Landschaft werden. Die BDA-Jugend hat dieses Heim durch eigene Mittel, die sie durch Sammlungen und Stiftungen aufgebracht hat, geschaffen, um es als Geschenk der märkischen BDA-Jugend ihren auslandsdeutschen Schwestern und Brüdern zu überreichen. Das BDA-Jugendheim Hubertushöhe soll Ausgangs- und Sammelplatz des geistigen Völkens der gesonten deutschen Jugend zu groß- und volksdeutscher Arbeit sein. Die feierliche Einweihung und Übergabe an die auslandsdeutsche Jugend findet am 20. und 21. Juni d. J. statt. Die Feierlichkeiten werden mit einer Rundgebung am Sonnabendabend auf dem Marktplatz in Storkow eingeleitet, bei der die Storkower Männergesangsvereine und die BDA-Kapellen mitwirken und Vertreter der Stadt Storkow und des BDA das Wort ergreifen werden. Danach schließt sich eine große Sonnenwendfeier auf dem Mühlberg bei Storkow an.

50 Proz. Ermäßigung für Ferienonderzugreisende.

Reisende mit Ferienonderzugfahrkarten nach Swinemünde oder Berlin, die binnen sechs Tagen nach Ankunft des Ferienonderzuges in Swinemünde oder Berlin von Swinemünde aus mit dem Seebienst Ostpreußen Swinemünde — Zoppot — Pillau — Memel, nach Ostpreußen weiterfahren wollen, erhalten 60 Tage gültige Rückfahrkarten mit 50 Prozent Fahrpreisermäßigung. Dadurch wird die Fahrt von Swinemünde nach Zoppot auf 14 M., nach Pillau auf 16 M. und nach Memel auf 18 M. ermäßigt. Ferienonderzugreisende nach Berlin und Königsberg i. Pr. erhalten zur Weiterfahrt von Pillau nach Zoppot oder Memel ebensolche ermäßigten Anschlußrückfahrkarten zum Preise von 6 M. für die Strecke Pillau — Zoppot und 8 M. für die Strecke Pillau — Memel. Die Fahrkarten werden gegen Vorzeigung der Ferienonderzugfahrkarten an Bord der Motorschnellschiffe „Hansestadt Danzig“ und „Preußen“ ausgegeben. Auch in den Reisebüros des Norddeutschen Lloyd in Berlin, Unter den Linden 1, Jul. Müller-Swinemünde, Reederi Braeunlich-Stettin sowie für Fahrten ab Pillau in den Reisebüros Kob. Menhöfer, Königsberg und Pillau sind diese verbilligten Karten erhältlich.

Monatskarten für Bahnsteige.

Die Deutsche Reichsbahn hat vom 1. Juni dieses Jahres an Erlaubniskarten zum Betreten der Bahnsteige eingeführt. Diese Karten, die Lichtbild und Unterschrift des Inhabers tragen müssen, berechtigen zum beliebigen häufigen Betreten der abgeperrten Bahnsteige eines Bahnhofes während eines Kalendermonats und kosten 5 Mark. Anträge auf Ausstellung solcher Karten sind an die Reichsbahnverkehrsämter zu richten. Durch die Einführung dieser Erlaubniskarten wird Personen, die zur Ausübung ihres Berufs die Bahnsteige regelmäßig betreten müssen, eine Gebührenermäßigung gewährt, und das Lösen von Bahnsteigtickets in jedem Falle bleibt ihnen erspart. Im übrigen sei vermerkt, daß der jetzige Preis für Einzelbahnsteigtickets mit 20 Pf. um 100 Proz. über dem Friedenspreis liegt.

Zwei Leipziger Studenten in Lappland vermißt.

Aus Stockholm wird berichtet: Zwei Leipziger Studenten, von denen nur bekannt ist, daß der eine den Namen Vogel führt, trafen vorige Woche in Kiruna in Nordschweden ein und gingen trotz Warnung auf Skiern über den See. Am Sonnabend wurde ein Skistab gefunden. Die beiden Studenten sind wahrscheinlich ertrunken. Die Polizei hat von Kiruna Rettungsmannschaften ausgeschickt.

Sonnenwendfeier einer weltlichen Schule. Auch in diesem Jahre veranstaltete die weltliche Schule in der Botenburger Straße in ihrem Schulgarten an der Ecke des Sonnenwendfestes. Benozze Uchan konzertierte mit einer Kapelle des Deutschen Musikerverbandes, ein Kinderchor singt, der Sprech- und Bewegungschor der Schule bringt Schönlaufs „Jugendtag“ zum Vortrag. Zum Schluß wird ein Sonnenwendfeuer gen Himmel lodern. Die Veranstaltung findet am Sonnabend, 20. Juni, 19 Uhr, statt. Freunde der weltlichen Schulbewegung sind herzlich eingeladen. Eintritt frei. Für Alte und Kranke gute Sitzgelegenheit.

Wir von der Filminfanterie.

Auf dem Berliner Nachweis für Filmdarsteller, kurz die Filmbörse genannt, sind mehr als dreitausend Komparisten als arbeitslos eingeschrieben. So geht das nun schon über ein Jahr. Man sitzt und wartet, rennt sich in der Friedrichstadt die Huden schief und wartet dann wieder auf einen zuzugenden Brief, auf ein Engagement. Im vergangenen Jahr habe ich genau vierzehn Tage gearbeitet, einmal zwei, einmal vier, wie es gerade kam. Ich war Soldat im t. u. t. Husarenregiment, das im XV. Atelier „aufgestellt“ wurde, um seinen Teil zur Wehrhaftmachung des deutschen Filmpublikums zu tun, ich war zwei Monate später für vier Tage „schwerer Junge“, so à la Ringverein, und kurze Zeit danach begann wieder einmal eine dreitägige Militärdienstzeit, diesmal schon als Besreiter im zweiten Glied eines streng preußischen Filminfanterieregiments, bei dem es nach dem Willen der verantwortlichen Regisseure herrlich lokal zugeht. Wir Filmfildaten hatten unsere unehelichen Filmfinder auf dem Arm zu tragen und unversehrte Vaterfreuden zu mimieren. Mit knurrendem Magen für zwölf Mark pro Tag. Den „Dienstmädchen“, unseren Filmliebsten und unehelichen Müttern, erging es ebenso. Und als der ganze Spul vorüber war, sahen wir Filmkomparisten uns alle da wieder wo wir uns immer treffen: auf der Filmbörse in der Besselstraße.

Das Erbe der Amorsäle.

Ein Außenstehender kommt jetzt nicht mehr hinein in die einstmals so pompösen Räume, die jetzt die Filmbörse beherbergen. Vor dem Kriege befanden sich hier die Amorsäle, eine tolle Angelegenheit mit hochbuisigen Frauen, großen Wandspiegeln und jenem heute schätzbaren, verbliebenen Komfort, der von 1880 bis 1914 die nach Berlin kommenden Provinzintellektuellen in Taumel des Entzückens versetzen sollte. Später wurde aus den Amorsälen das Palais der Friedrichstadt, eine Vergnügungsstätte ganz ähnlichen Genres, mit viel Bums und Trara. Und heute 1931? Kein Unterrod rauscht mehr, kein Cancan wird getanzt. Die „Klassikfrauen“ sind verschwunden, und an ihrer Stelle sitzen einige hundert stellunglose Filmkomparisten in dem ehemaligen Tanzlokal, in dem noch die erblinden Spiegel hängen und die „frivolten“ Bilder mit den üppigen Frauengestalten, deren Anblick uns heute nur noch ein kleines Lächeln des Mitleids entlocken kann.

3000 arbeitslose Filmfildaten in Berlin! Und sie alle finden den Weg zur Filmbörse in der Besselstraße, wo sie alle genau registriert sind. Jeder Mann ist hier zu einer Kartothekarte geworden mit genauen Aufzeichnungen seiner Fähigkeiten und Kenntnisse. Ich bin noch verhältnismäßig gut dran, denn ich gehöre zu den „Roten“. Das bedeutet, daß gewisse Eintragungen auf meiner Karte noch mit Rotstift gemacht sind, und Rot ist hier die Farbe der Jugend. Wessen Kartothekarte erst einmal blau gezeichnet ist, der gehört zu den Alten, und entsprechend dieser Farbeneinteilung gibt es auch noch die Blauroten, die Mittelalterlichen. Doch Junge, Mittelalterliche und Alte sitzen in der Filmbörse zusammen. Hier sitzt auch der kleinste Mann Berlins mit 75 Zentimeter „Länge“ und der 2,10 Meter lange Riese. Hier sitzen jugendliche Liebhaberinnen, junge Helden, Charakterdarsteller, Sopranen, ehrwürdige Matronen, aristokratische Edelfrauen, halbe Artisten, Abnormitäten und — Amputierte. Alles, alles wird ja einmal im Film verlangt, die Frau mit den drei Zentnern Gewicht ebenso wie der skelettähnliche Mensch, dem die gelbe Haut fälschlich über den Brustknochen liegt.

Stammisch der Alten.

Die Alten sitzen in Gruppen an ihren Stammtischen zusammen, auf die sie nach geheiligtem Gewohnheitsrecht einen festen Anspruch zu haben glauben. Kein Neuling dürfte sich einschieben lassen, etwa

bei ihnen Platz nehmen zu wollen. Unbarmherzig wird ihm nahegelegt, eiligt zu verschwinden, denn die Tische in der Saalmitte gehören den Alten. Auf der Balustrade und dem Balkon sitzen junge Mädchen und Männer. Für die älteren Frauen ist die rechte Saalhälfte reserviert, und manche häßliche Szene entspinnt sich, wenn es etwa einmal mal wagen sollte, in dem Gang vor den „blauen“ Frauen haltzumachen. Er wird beiseite gedrückt, eine Kanonade von durchaus nicht tonfilmreifen Flüchen setzt ein und treibt ihn fort. Denn auch die Alten wollen gesehen werden.

Gesehen zu werden — das ist es, worauf es in der Filmbörse ein wenig ankommt. Es könnte ja wirklich einmal ein Hilfsregisseur durch den Saal laufen, um nach einigen Typen zu suchen. Gestern war es so ein unerhörter Glücksfall, der einigen Kolleginnen zu einer Eintagsarbeit verhalf. Es wurden Frauen mit Hundengeseht. Die Frauen waren Nebensache, der Hund ging diesmal vor. Mit allen möglichen Hundesorten kam man da anmarkiert, daß einem angst und bange werden konnte. Und auf dem Umweg über den Hund hatten eine arbeitslose Filmfildaterin für einen Tag Arbeit gefunden, und vielleicht haben sie sogar in der Kartothek den neuen Berner erhalten: Besitzt einen Hund.

Die Kartothekarte ist überhaupt ein Ding für sich. Hier im Saal an den Arbeitsfontischen sind wir noch halbwegs Menschen, mit kleinen Hoffnungen, Sehnsüchten und Ideen. Sie gehen manchmal sehr weit zurück wie beispielsweise bei dem Kollegen am Nebentisch, der jeden, der sie hören will oder nicht, die Geschichte von Wendisch-König erzählt, wo er vor zwanzig Jahren einmal einen „Hohenjün hinjeseht“ habe, der sich „jewachsen hatte“. Es soll seinetwegen sogar einen kleinen Aufstand in der Mädchenschule gegeben haben (sagt er), die Majorsgattin des Infanterieregiments mit der unwahrscheinlich hohen Regimentsnummer wollte sogar mit ihm, dem gefeierten Sänger, nach Italien durchbrechen (sagt er); aber er blieb, wie er pathetisch erklärte, auf dem Wege der reinen Kunst, auf dem Dornenpfad zum lockenden Ziel, der ihn schließlich hierher in die Komparatenbörse führte. Hier träumt er nun den alten Traum des vergessenen, unverstandenen Mimens und Sängers.

Reine Kartothekarte sieht bunt genug aus. Mit „jugendlichem“ Rot sind die Randspalten 1, 9 und 10 angestrichen. Davon bedeutet 1, daß ich „Gesellschaft“, also mit Grad oder Smoking, spielen kann. Nr. 9 zeigt an, daß ich einigen Sport treibe, und 10 bedeutet die Tonfilmneigung. Diese Spalte 10 wird nur Darstellern angestrichen, die eine sprachliche Ausbildung auf der Bühne genossen haben, und zu denen gehöre ich also. Über daneben zeigt meine Karte noch, daß ich perfekt englisch und französisch spreche, reiten, schwimmen und schießen kann, und eingeklammert, ganz in der Ecke, steht das gewichtige Wort: „Soldat“. Ich bin wirklich ein Jahr Soldat gewesen, und dieser Dienst fürs Vaterland hat mir außer zwei Lungenschüssen bisher erst fünf Filmarbeitstage zu je 15 Mark eingetragen, also zusammen 75 deutsche Reichsmark.

Zehn Filmfildaten.

Da — ich scheine Glück zu haben. Zehn ausgeübete Soldaten werden gesucht. Im Ru ist der Hilfsregisseur umringt von Komparisten, die sich anbieten. Jeder will dran sein, endlich einmal wieder Geld zu verdienen, sei es auch nur für ein paar Tage. Ein Beinamputierter bietet sich allen Erstes für die Figur eines Kriessbeschädigten an, denn wo Soldaten sind, wo doch auch mal geschossen und verwundet, denkt er. Der Arms scheint noch nicht begriffen zu haben, daß Soldatenleben im Film ganz, ganz anders aussieht.

Ich habe wirklich Glück und werde für vier Drehtage zu je 25 Mark Säge engagiert. Die Säge ist deswegen so hoch, weil wir zehn Angemobenen noch rasch einen Singelocher einstudieren müssen, der im Film verwendet werden soll.

Um das Wort „Nazibande“.

Fledermäuse im Kampfe mit Seeschwalben. Der Wochenendklub „Seeschwalbe“ war trotz langer Kameradschaft mit dem Geselligkeitsverein „Fledermaus“ bei diesem in Unnade geraten.

Die Seeschwalben hatten oft zusammen mit den Fledermäusen das Wochenende an Seen und in Wäldern verlebt, bis die Harmonie in Unfrieden ausklang und mit dem plötzlichen Bruch der Freundschaft endete. Man wollte erfahren haben, daß die Seeschwalben ihre Wochenendgenossen, die Fledermäuse, einmal eine „Nazibande“ genannt hatte. Diese Botschaft übermittelte der Fint sofort der Fledermaus, die einen Berichtstag einberief, um in einem Schnellverfahren in Abwesenheit der beschuldigten Schwalbe die Beleidigung zu sühnen. Ueber eine Bestrafung waren sich sämtliche Fledermäuse einig, nur über das Strafmaß wurde heftig debattiert, bis man sich auch in diesem Punkt unter Berücksichtigung der Notlage der Seeschwalbe auf 10 Mark einigte. Binnen 48 Stunden sollte die Schwalbe, der das Urteil noch am selben Tage übermittelte wurde, 10 Mark zahlen, da sonst eine „Zwangsvollstreckung“ in Form des Abbruchs aller Beziehungen Platz greifen würde. Die Seeschwalben dachten aber gar nicht daran, diese Strafe anzunehmen, sie trafen jedoch in weiser Voraussicht Abwehrmaßnahmen gegen etwaige Angriffe. Eine Schwalbe, alias Bruno Franz, wurde ausersuchen, Waffen zu besorgen und zu verteilen. Mit einem großen dolchartigen und zwei gewöhnlichen Küchenmessern wollte er am 13. Juni gerade zu seinen wartenden Klubkameraden zurückkehren, als er zu seinem Pech in eine Demonstration geriet, die von der Polizei auseinandergetrieben wurde. Um das Unglück noch größer zu machen, kam er mit einem Polizeibeamten in Konflikt und sah in kürzester Zeit im Polizeigewahrsam, weil man bei ihm die Messer gefunden hatte.

Vor dem Schnellgericht erklärte er, daß er mit Demonstrationen und Politik gar nichts zu tun gehabt habe, er hätte nur alles Interesse gehabt, die Seeschwalben schleunigst zu bewaffnen, damit sie sorglos die „Zwangsvollstreckung“ der Fledermäuse abwarten konnten. So kam er mit 3 Wochen Gefängnis wegen unerlaubten Waffentragens davon.

Selbstmord einer Schülerin.

Eine fünfzehnjährige Schülerin eines Lyzeums in Stettin machte im Toilettenraum der Schule ihrem Leben durch Erschießen ein Ende. Die zur Tat benutzte Waffe gehörte ihrem Vater. Vermutlich hat sich das Mädchen einen Tadel so zu Herzen genommen, daß es zur Waffe griff.

Ein Jugendverderber gefaßt.

Wegen schwerer sittlicher Verfehlungen wurde ein Pförtner S. aus Neukölln dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Der 53 Jahre alte Mann, der an der Briher Stadtgrenze wohnt, hatte Mädchen im Alter von 10 bis 14 Jahren an sich gelockt. Er nahm

sie mit in seine Wohnstube und zeigte ihnen hier unzüchtige Bilder und las ihnen unzüchtige Gedichte vor. Durch die Erzählungen der Kinder erfuhren die Eltern von dem Treiben und erstatteten bei der Polizei Anzeige. S. leugnete und behauptete, unschuldig zu sein. Bei einer Durchnscheidung seiner Laube, wurden aber die Bilder und Gedichte gefunden. Bei der Vernehmung der Mädchen durch die weibliche Kriminalpolizei wurde auch festgestellt, daß er sich tätlich an den Kindern vergangen hatte.

Wahrer Schutz für Jugendliche. Fürsorge haftet für ihre Schöslinge.

Uns liegt ein Fall vor, in dem sich Angehörige, die zuerst selbst Fürsorge suchten für ihre Tochter erbat, jetzt über das ihrer Ansicht nach allzu strenge Vorgehen der Erziehungsanstalt beschwerten. Unter anderem sind sie der Meinung, daß das Mädchen, das infolge Krankheitsverdacht ins Krankenhaus mußte, dort länger als notwendig zurückgehalten wurde. Wir benutzen diese Gelegenheit, um nachstehend eine ganz kurze grundsätzliche Schilderung der fürsorgetischen Maßnahmen zu geben in der Hoffnung, hiernit aufklärend auf diejenigen zu wirken, die den amtlichen Maßnahmen mißtrauisch oder wohl gar ablehnend gegenüberstanden.

Nach immer werden die vorbeugenden erzieherischen Maßnahmen der Fürsorge von verschiedenen Seiten der Sinn allzu gestrenger „Polizeimaßnahmen“ ausgelegt. Sogar in Fällen, wo die Angehörigen selbst die Hilfe der Fürsorge erbat, sind sie nachher höchst empört, ihr Kind in gesundheitslicher und moralischer Beziehung unter strenger Kontrolle zu wissen, und sie schließen sich ohne weiteres den unbedachten und ungerechtfertigten Vorwürfen des Fürsorgezöglings an. Ein junger Mensch, der aus irgendwelchen Ursachen der elterlichen Autorität entwachsen ist und zu dessen Schutz vor körperlicher und seelischer Gefährdung geschritten werden muß, wird naturgemäß stets und immer die Ueberwachung seiner Person als höchst unangenehm und ungerecht empfinden, weil ja gerade das Triebhafte, Hemmungslöse bei ihm meist im Vordergrund alles Denkens und Handelns steht. Dafür aber sollten die Angehörigen so viel Verständnis aufbringen, um zu wissen, daß vor allem die erzieherische Arbeit der Fürsorge nur auf Grund eingehendster, genauester Ermittlungen einsetzt. Hat die Fürsorge einmal die Ueberwachung eines Jugendlichen übernommen, so haftet sie naturgemäß auch voll und ganz für seinen Schutz. Liegt Krankheitsverdacht vor, so ist sie im Interesse des Zöglings und seiner Kameraden verpflichtet, sofort die ärztliche Untersuchung und, wenn nötig, Krankenhausaufenthalt zu veranlassen. Daß ein Zögling länger als notwendig im Krankenhaus verbleibt, verbietet sich vom vernunftmäßigen wie vom wirtschaftlichen Standpunkt wohl von selbst. Auf der anderen Seite haftet die Fürsorge aber, wie bereits erwähnt, auch für das sittliche Wohl ihres Schöslings, und sie ist berechtigt, den einmal unterbrochenen Aufenthalt im Heim, falls es ihr notwendig erscheint, aufs neue zu veranlassen. Immer wieder

Jules Renard: Der kleine Vagabund

Er kam aus dem Kaufmannsladen des Dorfes mit einer Flasche und lief Schafen nach, die ihr Hirt nach dem Gehört zurückführte. Er sagte nichts zu diesen Hirtin, deren einen Kopf größer war als er und nicht geantwortet hätte, aber er folgte der Herde und kümmerte sich von weitem um sie wie ein zweiter Hirt.

Wenn ein Lamm zurückblieb, kam es ihm zugute, er konnte es streicheln, seine Finger in die Wolle stecken, gebieterisch zu ihm sprechen, bis der Hund kam, um es zurückzuholen.

An der Tür des Schafstalls war der kleine Vagabund wirklich von Nutzen. Die neugeborenen Lämmer, die ihre Mütter vom Vorabend an nicht gesehen hatten, liefen eilig unter diese. Er half jedem, seine Mutter wiederzufinden. Er trennte zwei, die halsstarrig darauf beharrten, ihre Köpfe gegen denselben Weib zu stoßen. Er erwischte ein anderes, das aus lauter Freude, frei zu sein, zu saugen vergaß und leichtsinnig hin zum Tümpel sprang.

Dann wollte der kleine Vagabund, als Belohnung hierfür, in den Schafstall eingelassen werden. Er fühlte sich wie zu Hause. Aber der Hirt schloß die untere Hälfte der geteilten Tür ihm vor der Nase ab. Der kleine Vagabund stellte seine Flasche auf den Boden, klammerte sich an die niedrige Tür und suchte herüber. Seine Augen versuchten das Dunkel zu durchdringen.

Es kam nicht soweit, daß seine Handgelenke vor Müdigkeit erlahmten; die Zeit war zu kurz dazu. Nachdem er seine Arbeit beendet, trat der Hirt wieder heraus, schloß diesmal die ganze Tür, die obere und die untere Hälfte, mit dem Riegel ab und machte sich mit seinem Hund auf den Weg zur Abendsuppe. Der kleine Vagabund, der ihm weiter folgte, sah ihn in das Haus eintreten und sah an den gemeinsamen Tisch, neben den anderen Dienstboten, hinsehen. Er blieb allein inmitten des Hofes.

Niemand gab auf ihn acht, und die Pächtersfrau nahm sich nicht die Mühe, ihn fortzujagen.

Er schnupperte laut und ging zum Schafstall zurück, wo er sein Ohr gegen die Tür preßte. Die ruhig gewordenen Lämmer verstummten eins nach dem anderen. Er überzeugte sich, daß der äußere Riegel gut vorgeschoben war und vorsichtshalber suchte er einen großen Stein, um die Tür zu sichern. Nachdem er dies getan, und nichts mehr zu tun fand, griff er wieder nach seiner Flasche und entschloß sich, das Gehört zu verlassen.

Iust in diesem Augenblick bemerkte er einen Herrn auf der Landstraße. Er trat aus seinen Holzschuhen, steckte seine Hände hinein und bloßfüßig holte er den Herrn schnell ein. Er sagte nicht gutes Tag. Seine Hände traten die Holzschuhe wieder an seine Füße ab, und ohne ein Wort ging er neben mir her, nicht wie ein kleiner Bettler, sondern wie ein kleiner Gefährte. Nur bemühte er sich, ebenso große Schritte zu machen wie ich, und wo ich hinging, ging er auch hin.

Ich sprach zuerst und sagte zu ihm: „Was hast du da Gelbes in deiner Flasche?“ „Del und Essig, die ich beim Kaufmann gekauft habe.“ „Um es an den Salat zu tun?“ „Versteht sich, nicht in meine Suppe.“ „Du schüttelst sie sehr, deine Flasche.“ „Das mischt den Essig mit dem Del.“ „Wohin trägst du sie?“ „Zu unserem Wagen.“ „Zu deinem Wohnwagen?“ „Ja, er steht dort an der Kanalbrücke. Wir sind heute Morgen angekommen und werden heute abend weiterfahren.“ „Macht es dir Vergnügen, auf den Straßen umherzuziehen?“ „Ach nein, ich würde lieber arbeiten.“ „Nach dich nicht wichtig in deinem Alter?“ „Ich bin neun Jahre alt.“ „Was könntest du tun mit deinen neun Jahren?“ „Mich bei Leuten verdingen.“ „Du bist zu klein.“ „Ich kenne einen Kleineren als ich bin, der erst sieben Jahre alt war und der ein Ochsengepäck führte.“

„Das ist nicht wahr.“ „Doch, Herr, mit einem Treibstachel. Ich habe ihm gesagt, „du wirst unschmeißeln, keine Kröte“. Aber er antwortete mir, „fürchte nichts, alter Junge“, und er hat nicht umgeschmissen.“

„Ich glaube dir nicht.“ „Da soll Gott mich strafen, wenn ich lüge.“ „Du bildest dir ein, du bist instande, Ochsen zu führen?“ „Auf jeden Fall würde ich Schafe oder Schweine hüten.“ „Dein Vater würde es nicht wollen. Er zieht vor, daß du ihm des Nachts hüffst, Anpesschnüre in die Flüsse zu legen.“

„Er wäre sehr froh, mir eine Stellung zu finden. Mütterchen auch.“ „Ach aber wiederhole dir, du bist noch zu sehr Knirps.“ „Mein Herr, nein,“ sagte aufstumpfend der kleine Vagabund. „Da du so ein Schlauer bist, verdinge dich doch auf dem Gehört dieses Dorfes.“

„Ich komme von dort,“ sagt er; „sie hätten mich sicher genommen, sie haben aber ihre Leute vollzählig.“ So legten wir denn zusammen ein Stück Weges zurück. Bald lief der kleine Vagabund, bald ging er in gleichem Schritt mit mir.

Er trug eine alte Radfahrermütze: Das ist jetzt die Kopfbedeckung, die man am meisten abnutzt und die von den Vagabunden viel getragen wird. Er steckte in gestickten und wieder zerrissenen Lumpen. Er sah aus, als ob er sich von den Knien bis zum Kopf häutete. Und mit all seinen Fesseln bedeckte er wie ein Strauch mit seinen Blättern.

„Ich habe drei Schwestern,“ sagte er mir, „aber eine von ihnen, die singt nicht mehr.“

„Sie hat wohl die Grippe?“ „Rein, sie ist tot.“ „Du bistest mich um nichts,“ sage ich ihm. „Hast du manchmal Groschen?“ „Rein.“ „Bistst du einen haben?“ „Gern.“ „Was wirst du damit machen?“ „Ich werde Brot kaufen.“ „Warum Brot? Mir zu Gefallen? Sieh, mir ist es gleich. Kaufe lieber Gerstenzucker.“

„Ich werde kaufen, was Sie wollen.“ „Höre,“ sage ich ihm in dem feierlichen Tone eines freigebigen Menschen, dem daran liegt, den gespendeten Groschen nutzbringend anzulegen. „Ich werde dir einen Groschen geben, einen schönen Groschen, und du wirst dir dafür Bonbons kaufen, aber kein Brot. Bonbons, hörst du, kein Brot, Bonbons.“

„Ich verspreche es Ihnen.“ „Du wirst den Groschen deinen Angehörigen zeigen?“ „Rein.“ „Du sagst nein, aber sie werden ihn sehen, sie werden ihn dir wegnehmen.“ „Ich werde ihn verstecken,“ sagt er. „Wo denn?“ „Hier,“ sagt er, indem er einen Riß auseinanderhält, der ihm als Tasche diente. Ich zog aus der meinen fünf Groschen; einer unerklärlichen Scheu zufolge, legte ich einen zurück und gab dem kleinen Vagabunden die vier übrigen. „Oh, vier!“ sagte er. „Ja, vier; eins, zwei, drei, vier.“ Seine Augen hatten mit einem Male gegläntzt und seine scharfe Zungenstimme war zu einer sanfteren Kinderstimme geworden. „Ich danke Ihnen,“ sagte er, „diesen, schönen Dank, Herr. Auf Wiedersehen, bleiben Sie gesund!“ Wir mußten uns fürs Leben trennen. Er entfernte sich schon, drehte sich aber nochmals um, als ob er etwas vergessen hätte und hielt mir seine ausgestreckte Hand entgegen, die ich auf der einsamen Landstraße mit flüchtigem Druck preßte.

(Autorisierte Uebersetzung von Oloa Ebner.)

Iran Heilbut: Der Berliner sagt immer „mir“...

Braucht man bloß mir mit mich zu verwechseln, um ein hundertprozentiger Berliner zu sein? So einfach ist's nicht. Ueberhaupt, die Leute unterhalten die Konsequenz des Berliners, wenn sie meinen, daß es sich um Verwechslungen handelt, wo er von der Schulfregel abweicht. Des Berliners eiserne Grundregel heißt: „Der Berliner sagt immer „mir“, auch wenn's richtig ist.“

Ein Unteroffizier, der gern ein einwandfreies Deutsch gesprochen hätte, ging öfters mit dem Einjährigen aus seiner Kompanie spazieren; das freundliche Verhältnis war vielleicht vor allem durch den Wunsch des Unteroffiziers nach Korrektur bei etwa unterlaufenden Sprachfehlern entstanden. Aber einmal, als ein Rekrut vorbei kam und seine — damals übliche — umständliche stramme Grußbewegung machte, sah der Unteroffizier mit Erstaunen, daß der Einjährige die Hand an die Mütze legte — gerade so, als gelte die Grußbezeugung ihm. Darauf der Unteroffizier, etwas böse: „Der Rekrut da hat mir geküßt!“

Der Einjährige, seiner Verpflichtung zur Sprachkorrektur gedenkend, verbessert: „Mich — Herr Unteroffizier!“

Der Unteroffizier aber hört nicht die Korrektur heraus, sondern eine himmelschreiende Insubordination. Die Spucke bleibt ihm weg, für einen Moment. Dann, blühend: „Ihnen?“

Und der Einjährige, unermüdet in seiner belehrenden Tätigkeit: „Ree — Sie!“

„Also doch mit“, stellt der Unteroffizier abschließend fest. Obgleich Blüchers Sprach-eigenheiten nicht gerade aus lokaler Mundart zu erklären sind, soll die folgende Anekdote nicht übergegangen werden:

Auf einer Kunstausstellung redet er einen Künstler an. „Von wem ist das Bild da?“ „Von mir, Eggzellenz.“

„Ha, Van Mir... Ein großer Künstler... Wohl ein Niederländer, was?“

Der Künstler kommt ins Schwitzen. Einerseits beklemmt es ihn, den erlauchten Mann forrigieren zu sollen, andererseits will er um keinen Preis des Lobes und Ruhmes zurückstehen: „Eggzellenz... Euer Gnaden... Herr Feldmarschall haben mich mißverstanden... Das Bild ist von... von mir selber.“

„Nun, ich habe verstanden, von Van Mir selber. Ein eggzellerter Maler.“

Der unglückliche Schöpfer des Bildes lächelt verzweifelt. Seine Augen irren verzweifelt — dann sagt er sich Mut: „Herr Feldmarschall, das Bild ist von — mich!“

„Ach, von Sie? Weshalb haben Sie das nicht gleich gesagt? Weshalb so bescheiden?“

Einen Akkusativ gibt es im Berlinischen nicht. Um es genau auszudrücken: Einen Dativ gibt es eigentlich auch nicht. Aber es gibt für beide eine gemeinsame Form, und die nennt man auf eine einfache Weise den Akkusativ. Desgleichen fehlt der Genetiv. Weshalb sollte der Berliner geziert sagen: „der Vater des Ganzen“, wenn sich's viel gemüthlicher sagen läßt: „der Vater von't Janze“. Angenommen, der Vater von't Janze is mit seine Familie in't Drüme gefahren, in't Restaurant wird Kaffee getocht, und wenn Mutta nich mehr unterscheiden kann, zu wen die Tassen gehören, kraacht sie: „Wems seine Tasse is des?“

Dann antwortet eines der Kinder: „Det is Vater seine.“ Oder Vater selber gibt kund: „Meine seine.“

All diesen Eigenwilligkeiten liegt ein Gesetz zugrunde, ein psychologisches: Wie der Berliner das Leben nimmt, so nimmt er auch seine Sprache. Das normale Hochdeutsche erweist sich ihm als unzulänglich, weil es die Begriffe nicht scharf genug anpaßt. Wenn die deutsche Grammatik den Genetiv braucht: „Nimm dich des Kindes an!“ so ist damit das Objekt (das Kind) für die Berliner Empfindung längst nicht fest und präzise genug dem Schutze des Subjekts empfohlen. Um wieviel kräftiger klingt die Aufforderung: „Nimm dir det Kind an!“ Der Genetiv ist eine zu entschiedene Form für das (unbewusste) berlinische Sprachgefühl.

Denn auch Grammatik, gemeinhin als tote Wissenschaft verachtet, ist lebendig, aufschlußreich, verräterisch in bezug auf die Seele des Volkes. Und was die Grammatik andeutet, erhärtet die wortschöpferische Sprache selber. Oder ist es etwa nicht Sprachschöpfung, wenn für verrückt „breckenstetrig“, für Zieharmonika „Anaufschorjel“ gesagt wird und wenn einer, der nur eingeschaden worden ist, um die Gesellschaft zu unterhalten, den Titel „Bratenbarde“ erhält! Und dann die Redensart und die Art zu parieren — Mich, Schlagkraft, Geistesgegenwart haben sie produziert. Wenn einer äußert: „Ich mechte auch mal wieder Kavia essen“, und er wird gefragt, ob er denn schon einmal Kaviar gegessen habe, antwortet er: „Ree, gegessen nich, aber schon mal g e m e i n t.“

Die Findigkeit, die Geschäftstüchtigkeit, die unbeirrbares Zähigkeit offenbart sich im typisch berlinischen Redefluß. Eine Redizin, die dem Kranken unter allen Umständen mundgerecht gemacht werden soll, wird ihm auf die folgende Weise angepriesen: „Et higt, küßt, führt ab, stoppt auch, nimmt'n Schwindel, stärkt's Gedächtnis und jibt'n verlorenen Verstand wieder.“ Gibt

es einen Reklameschaf, der die Marken der Firma talentvoller empfehlen könnte? — Da muß natürlich ein jeder Käufer sein.

Hier gelangen wir zur eigentlichen Domäne des Berliner Witzes — die Straße, genauer: die Ecke, also die Straßenecke. Was der Berliner Straßenverkäufer an Improvisationen leistet, das könnte in den meisten Fällen sehr wohl in Varietés und Laubbühnen bestehen. Der Passant, angezogen vom behaglichen grinsenden Kreis des Publikums, steht gleichfalls still, und er denkt für sich: Wie viele Begabungen kommen in dieser Welt nicht zur Geltung, machen sie sich nicht einmal bemerkbar — wohl aus angeborener Bescheidenheit, aus Selbstverständlichkeit, aus Rarität — und könnten doch zweifellos den Glanz manches berühmten Kabarettiers überstrahlen.

„Hierher sehen, meine Herrschaften! Hier verkauf ich Ihnen die einmalige Hochglanzseidenkrawatte — einen Binder, meine Herren, der aus Ihnen im Romang 'ne ganz andersartige Persönlichkeit macht. Mit diese Krawatte vor't Hemde werden Sie jeden Kampf mit de Konkurrenz siegreich bestehen, ob Sie nu Reisender sind oder Lebensbesitzer. Denken Sie an das Bild Ihrer Kinder, meine Dame, und nehmen Sie eine von meinen hochfeinen Krawatten für den Herrn Demahl mit. Ohne Elefant kein Erfolg — so is 't heutzutage. Meine Herrschaften, Sie pennen wol mitten im Tag oder is Ihnen sonst wat in 'ne Döge jeflogen? Halten Sie meine Ware für sonne vatehrte Kunstseide? Rich doch, das dürfen Sie nich von mir denken. Aber vielleicht meinen Sie auch, weil 't billig is, is 't Schwindel? Meine Frau saacht auch immer zu mir: Waze, saacht se, dir bringen Se noch mal in 'ne Berrücktenanstalt, weißte deine Ware verpacken tuft. Na, mir soll 't recht sin, wenn feener will. Denn behalte id die prima, prima Artikel, bis det noble Publikum hier vorbei kommt, nach Fabriktschluß, um Ihre fünf... Also wem id det noch mal mitgeben soll...“

Auf solche Weise arbeitet das Berliner Mundwerk als Waffe im Kampf ums Dasein. Aber auch als harmloseres Instrument der Lebensfreude, auf Ausflügen, am Statist, im Familienleben, bei heiteren und traurigen Anlässen verleugnet es seine heimatischen Charaktereigenschaften nie. Einerseits sprachschöpferisch, bildet der Berliner andererseits — entsprechend seiner Art, vom Eindruck auf die Sache selbst zu schließen — nicht selten eine Sprache nach der flüchtigen affektischen Impression, besonders von Fremdwörtern. Was ist ein Schreibfederteer? Was bedeutet „schreejami“? Das heißt soviel wie „schräg gegenüber“ und ist eine merkwürdige Zusammenziehung von „schräg“ und „vis-à-vis“. Diese Art, sich mit der Oberfläche der Begriffe zu begnügen, anstatt bis auf den Grund zu dringen, wie sie sich im Sprachlichen ausdrückt und die seltsamsten Resultate hinterläßt, ist der psychologische Schlüssel zu mancher „unverständlichen“ Reaktion der Masse auch auf anderen Gebieten. Und da wir dabei sind, etwas Kritisches zur Berliner Sprache zu sagen, wollen wir an dieser Stelle die Grenze zwischen gesunder und taktloser Verbtheit feststellen. Der Berliner distanziert sich durch überlegenen Spott von allem, was ihm nicht mindestens so helle und knorke erscheint als er sich selber; das ist eine unbewußte, an sich positive Tendenz, die ihn zur Höchstleistung anspornt und eine Auslese bewerkstelligt. Wo sich aber das Selbstbewußtsein in Selbstüberhebung gegenüber dem Außerberlinischen oder gar gegenüber dem Seiden äußert, da überschreitet der aus Ueberfülle entstandene Angriff sein nütliches Ziel und sinkt zu Kraftmeierei und Unbuddsamkeit zurück. Wenn der Berliner Ausdruck vom Boden-narbigem sagt: „Der hat mit 's Vesiachte uff 'n Kohrstuhl jefessen“ — so ist das vielleicht ein Witz, aber ein elender. Unerschuldert, mit Leiden und Leid verknüpfte Höflichkeit wird hier offenbar bespöttelt — und wenn sie gar selbstverschuldet wäre? Hätte die angeführte Redensart etwa dann irgendwelche Berechtigung?

„Aber, Gott sei Dank!“ — es sieht diesem fasten eine „unermüdeten“ Fülle lebenswichtigen echten Humors gegenüber. Mit Witzheiligkeiten sucht der Berliner möglichst lächelnd fertig zu werden, selbst Schicksalsschläge bekämpft er tunlichst mit seinem Witz. Die harmlose Unannehmlichkeit eines Flohs wird beinahe zärtlich mit „bramer hufar“ umschrieben, um wenigstens dem Begriff den Stachel zu nehmen. Die schon weniger harmlose „Ehefrau“ wird als „Seitengewehr“ bezeichnet. Der Rheumatismus wird geradezu zu kräftiger Wirkung aufgefordert, indem er den Namen „Rehmadichtig“ erhält. Und der Tod? Jedermann weiß, was aus dem feierlichen Chopinschen Trauermarsch in der Berliner Metamorphose geworden ist. („Run frißt er keinen Braten mehr...“)

Der Berliner ist ein auffällig extremes Wesen. Er leistet das höchste an Sachlichkeit — aber mitten in seinem zielstrebigem Ernst überfällt ihn der übermächtige Hang zum „Quatschmachen“. Und dazu ist er in jedem Augenblick seines Lebens aufgelegt, vielleicht auch im letzten.

Eine alte Redensart unter den Maurern heißt: „Mauer(Mauer)schweiß kost 'n Dufaten der Droppen!“ Als der Komponist Zeller, der gelehrte Maurer war, im Sterben lag, sagte der Arzt ausmunternd zu ihm: „Nun, sehen Sie, Schweiß, das ist ein gutes Zeichen.“ — „Schweiß?“ sagte Zeller, „den sehn Sie sich ornlich an; Mauererschweiß kost 'n Dufaten der Droppen!“

Die dickste und schwerste Familie der Welt

Als der dickste Mann der Welt galt immer der Engländer Daniel Lambert. Im Jahre 1809 stellte man fest, daß er 688 Pfund schwer war. Er starb im Alter von 40 Jahren. Eine Weite von Lambert, die heute noch als Kuriosität in einem englischen Museum zu sehen ist, hat 180 Zentimeter Weite; das ist beinahe dreimal so viel wie eine normale Weite.

Ein Amerikaner, der in unserer Zeit als der schwerste Mann der Welt bekannt war, E. F. Littmann aus Philadelphia, ist vor zwei Jahren im Alter von 39 Jahren gestorben. Er wog kurz vor seinem Tode 880 Pfund und in seinen gesunden Tagen 630 Pfund. Von den außergewöhnlich dicken und schweren Frauen heißt es, daß sie länger leben als die dünnen Männer. Vor drei Jahren starb in Gadesburg (Illinois) Maud Weiß, die lange Zeit für die dickste und schwerste Amerikanerin galt. Sie wog 510 Pfund, hatte aber bei ihrem Tode durch Krankheit ziemlich eingebüßt, so daß ihr Gewicht da nur noch 270 Pfund betrug. Sie erreichte ein Alter von 48 Jahren.

Die noch lebende dickste Familie soll die Familie Bailes in Cincinnati sein. Der Vater soll 52 Pfund, die Mutter 560 Pfund und der älteste Sohn 575 Pfund schwer sein.

Mehr Sonnenschein im Wolkenkratzer. Bei Sonnenuntergang ist berechnet worden, daß der Erbschatten an einem freistehenden Gebäude mit einer Geschwindigkeit von 8 Sekunden pro Meter emporsteigt. In einem 300 Meter hohen Wolkenkratzer macht dies für die oberen Stockwerke täglich 40 Minuten mehr Sonnenschein aus. Ebenso erhalten die oberen Stockwerke die Morgensonne um 40 Minuten früher als das Erdgeschoss. Der Tag in einem 60. Stockwerk ist mithin etwa eine Stunde länger als auf dem Straßenniveau.

Die neueste Einwohnerziffer von Paris. Nach den vorläufigen Ergebnissen der französischen Volkszählung, die jetzt bekannt werden, besitzt die Stadt Paris eine Einwohnerzahl von 2.871.039 Seelen; das bedeutet nur eine Zunahme um 32.623 gegenüber der Ziffer der Volkszählung von 1926. Das Seine-Departement, in dem Paris liegt, weist 4.887.464 Einwohner auf, 319.493 mehr als 1926.

Bahn-Elektrifizierung als Aufgabe.

Wichtige Untersuchungen für England. — Möglichkeiten in Deutschland.

Kürzlich empfahl die deutsche Brauns-Kommission die Elektrifizierung der Reichsbahn als wichtiges Mittel zur Beschäftigung von Arbeitslosen, zur Hebung der Rentabilität der Reichsbahn und zur verstärkten Rationalisierung der deutschen Energiewirtschaft. Einige Tage vorher hatte in England die Weir-Kommission (ein von der Regierung eingesetzter Ausschuss unter dem Vorsitz des Lord Weir) sich grundsätzlich dafür ausgesprochen, daß die englischen Völbahnen bis auf einige wenige Nebenstrecken elektrifiziert werden sollen.

Elektrifizierung in aller Welt.

In Italien wird zur Zeit an der Umstellung einiger wichtiger Strecken gearbeitet; Ende 1930 waren bereits rund 10 Proz. der italienischen Bahnen umgestellt gegenüber nicht ganz 3 Proz. in Deutschland.

In Schweden wird die Elektrifizierung der Bahnen von der Regierung mit verstärkter Energie betrieben; nachdem die Elektrifizierung der Linie Stockholm—Göteborg sich als rentabel erwiesen hat, ist jetzt die Umstellung der Strecke Stockholm—Malmö in Angriff genommen worden.

In Belgien wurden im vergangenen Jahre 110 Kilometer Bahnstrecken elektrifiziert, so daß die gesamte elektrisch betriebene Streckenlänge auf 781 Kilometer anwuchs. Um die Jahreswende waren weitere 250 Kilometer in der Umstellung begriffen. Vorbereitet wird die Umstellung von abermals 140 Kilometer.

In Frankreich setzen die großen Bahngesellschaften ihre Elektrifizierungsarbeiten fort. Insgesamt werden dort gegenwärtig 1680 Kilometer Bahnstrecken elektrisch betrieben, und wenn alle jetzt im Gange befindlichen oder vorbereiteten Arbeiten durchgeführt sein werden, so wird die Gesamtlänge der elektrifizierten Strecken auf 2815 Kilometer angewachsen sein.

Elektrifizierungsarbeiten größeren Stils werden zur Zeit ferner durchgeführt in Britisch-Indien, in Australien, in Japan, in Kanada, in den Vereinigten Staaten und in einer Reihe weiterer Länder.

Wenn im gegenwärtigen Augenblick das Interesse an einer Umstellung der Völbahnen auf elektrischen Betrieb überall so stark angewachsen ist, so kann man auf

drei wichtige Gründe dieser Aktualität

verweisen. Erstens haben überall die Eisenbahnen infolge des von Jahr zu Jahr zunehmenden Kraftwagenverkehrs sowohl bei der Güter- wie bei der Personenbeförderung große Einbußen erlitten, infolge der Krise sind in einer Anzahl von Ländern die verminderten Ueberschüsse in Verluste umgeschlagen, so daß der Gedanke, die Konkurrenzfähigkeit der Bahnen durch Elektrifizierung zu steigern, außerordentlich nahe liegt. Ein zweites wichtiges Moment ist der Tiefstand der Kupferpreise, wodurch gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt die Kosten der Umstellung wesentlich herabgesetzt werden. Drittens können für diese Umstellungsarbeiten verhältnismäßig viele Personen beschäftigt werden. Es sei z. B. daran erinnert, daß nach Angabe der Reichsbahn allein durch die Umstellung der Strecke Augsburg—Stuttgart insgesamt etwa 10 000 Arbeiter auf die Dauer von 1½ Jahren Beschäftigung finden sollen.

Das kürzlich veröffentlichte Gutachten der englischen Weir-Kommission

ist unter diesen Umständen von ganz besonderem Interesse und verdient weit über die englischen Grenzen hinaus beachtet zu werden. Es geht nämlich von dem Gedanken aus, daß es unrentabel wäre, wenn nur einzelne Strecken statt des ganzen Netzes elektrifiziert würden. Man rechnet für England mit einer Bauzeit von 15 bis 20 Jahren und hofft, daß in diesem Zeitraum dauernd etwa 60 000 Arbeiter bei diesem Umstellungswerk beschäftigt werden können.

Die Gesamtkosten der Umstellung

werden auf 6,5 Milliarden Mark errechnet. Hieron sind aber noch etwa 1,25 Milliarden abzuziehen, denn in dieser Höhe müßten bei Fortbestand des Dampfbetriebes für Erneuerungs- und Verbesserungszwecke Aufwendungen gemacht werden. Es bleibt also nur ein Kostenmehraufwand von etwa 5,2 Milliarden Mark. Um den zu erwartenden Elektrizitätsbedarf der Bahnen decken zu können, müßte ferner das Central Electricity Board (das Gemeinwirtschaftliche Zentrale Elektrizitätsamt) für Kraftwerks- und Fernleitungsbauten etwa 1,6 Milliarden Mark ausgeben. Schließlich werden für die Elektrifizierung der Völbahnen noch weitere 900 Millionen Mark notwendig sein. Die Kommission untersucht die Frage, ob

die Elektrifizierung sich rentieren

werde. Die Kommission bejaht diese Frage. Der Bericht veröffentlicht über diesen Punkt interessante Einzeluntersuchungen, aus denen sich ergibt, daß in einem Fall, wo das gesamte Straßennetz eines bestimmten Gebiets elektrifiziert wird, die Verzinsung des aufgewendeten Kapitals 7,22 Proz. beträgt. In einem anderen Fall, wo nur die Hauptstrecke elektrifiziert wird, die Nebenstrecken aber beim Dampfbetrieb bleiben, ergibt sich dagegen eine Verzinsung von 2,5 Proz.

Der Bericht gibt im übrigen eine interessante Schätzung dafür, welche Ersparnisse insgesamt infolge der Elektrifizierung zu erwarten sind. Es wird errechnet, daß die Bahnen beim Dampfbetrieb jährlich etwa 1050 Millionen Mark ausgegeben haben, bei elektrischem Betrieb dagegen nur noch 650 Millionen Mark. Die Ersparnisse betragen somit rund 400 Millionen Mark. Etwa 200 Millionen Mark hiervon entfallen auf die verminderten Gehälter des Lokomotivpersonals (Wegfall des Heizers), weitere 120 Millionen Mark auf die Einschränkung der Lokomotivrepaturen, über 20 Millionen Mark auf verminderte Ausgaben für Energiezwecke.

Die Bahnelektrifizierung ist auch ein volkswirtschaftlicher Vorgang von größter Bedeutung.

Der Weir-Bericht nimmt an, daß die englischen Bahnen jährlich nach Vollendung der Umstellung einen Strombedarf von 6 Milliarden Kilowattstunden entwickeln werden. Die gegenwärtigen Stromabgabe der öffentlichen Elektrizitätswerke Englands würde also allein hierdurch einen Zuwachs um rund 50 Prozent erfahren. Daß durch den Anschluß so großer und regelmäßiger Abnehmer, wie die Bahnunternehmungen sind, die Produktions- und Verteilungskosten für Elektrizität eine wesentliche Verbilligung erfahren können, erscheint als sicher. Der Weir-Bericht verweist denn auch ausdrücklich auf diesen Vorteil.

Eine Reihe weiterer Faktoren lassen sich nur schwer zahlenmäßig abschätzen, so zum Beispiel die Frage, welche Mehreinnahmen die Bahnen nach der Elektrifizierung infolge ihrer verstärkten Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Kraftwagen und vielleicht auch dem Flugzeug erzielen können. Die Geschwindigkeiten der verschiedenen Zugattungen können aneinander angeglichen werden, das durchschnittliche Beförderungstempo wird erheblich zunehmen, die Städte werden von Dampf und Ruß, den lästigen Begleiterscheinungen des Dampfbetriebes, befreit werden. Das alles sind sehr bemerkenswerte Vorzüge.

Die Rekruten der Umstellung sind jedoch ebenfalls nicht zu unterschätzen. Wenn der Bericht annimmt, daß für die Elektrifizierung auf ein halbes Menschenalter 60 000 Menschen beschäftigt werden können, so sieht dem gegenüber, daß erstens durch die Umstellung Tausende von Heizern und anderen Bahnangestellten freigesetzt werden und daß ferner infolge des verringerten Bedarfs an Kohle auch eine große Zahl von Bergarbeitern frei wird. Der Bericht deutet dies an, indem er sagt, daß gegenwärtig in England von den Bahngesellschaften jährlich etwa 13,4 Millionen Tonnen Steinkohle verbraucht werden. Dagegen würde sich der Kohlenverbrauch, der für die Erzeugung der zum Bahnbetrieb erforderlichen elektrischen Energie notwendig ist, nur noch auf 3,65 Millionen Tonnen jährlich belaufen.

Die Bergmann-Verluste.

Umsatzrückgang um 35 Prozent. — Abschreibungen auf Beteiligungen.

Wie wir schon vor einigen Tagen berichteten, schließt die Bergmann Elektrizitätswerke A.-G., Berlin, für das Geschäftsjahr 1930 mit einem Verlust von 0,98 Millionen Mark ab, nachdem noch für das vorhergehende Jahr eine 9prozentige Dividende auf das 44-Millionen-Kapital verteilt worden war. Während die beiden Elektrogroßkonzerne Siemens und AEG seit langem eine große Zahl von Tochtergesellschaften beherrschen, also schon immer zugleich Holding-Gesellschaften waren, ist Bergmann bisher reine Fabrikationsgesellschaft gewesen. Und wie aus dem Geschäftsbericht hervorgeht, hat gleich die erste Angliederung einer größeren Beteiligung eine so starke Abschreibung erforderlich gemacht, daß der Abschluß einen Verlust ausweist.

Zugleich hat sich aber auch der Geschäftsgang im Jahre 1930 stark verschlechtert; der Umsatz ist gegen das Vorjahr um etwa 35 Proz., d. h. also von 116 auf etwa 75 Millionen Mark zurückgegangen. Hauptursache dafür ist der Kaufkraftschwund im Inlande, da das Inlandsgeschäft bei Bergmann weitaus wichtiger als das Auslandsgeschäft ist. Mit Benutzung verzeichnen wir die Feststellung dieser Tatsache im Geschäftsbericht; freilich glauben wir nicht, daß dieselben Leute, die diese Feststellung machten, daraus Lehren für ihre Wirtschaftspolitik ziehen werden. Auch das Auslandsgeschäft hat sich nicht auf der Höhe des Vorjahres gehalten. Am Ruffengeschäft ist Bergmann mit Aufträgen auf Turbinen, Elektromotoren und Zähler beteiligt.

Der Rohüberschuß ist von 11,3 Millionen Mark im Jahre 1929 auf 5,2 Millionen Mark im Jahre 1930 zurückgegangen. Da zugleich die Summen für Steuern und soziale Lasten erheblich zurückgingen, wäre gleichwohl ein geringer Reingewinn übriggeblieben, wenn man nicht die Abschreibungen von 1,2 auf 2,3 Millionen Mark erhöht hätte. Unter diesen sind Sonderabschreibungen auf die Beteiligungen in Höhe von 1,5 Millionen Mark enthalten.

In der Bilanz erscheinen die Anlagen (nach Abschreibungen) mit 18,49 Millionen Mark kaum erhöht (18,16 Millionen). Werkzeuge, Patente, Mobilien usw. erscheinen wieder mit nur je 2 M. Bankguthaben sind stark, von 12,7 auf 4,5 Millionen Mark, zurückgegangen. Entsprechend dem verminderten Geschäftsumfang sind die Forderungen von 40,1 auf 33,4 Millionen Mark gesunken, während die Vorräte mit 21,3 (22,5) Millionen Mark einen nur kleinen Rückgang aufweisen. Dem entspricht auf der Passivseite ein Rückgang der Schulden von 27 auf 20 Millionen Mark.

Besentlich erhöht aber sind die Beteiligungen. Sie standen im Vorjahr mit 2,6 Millionen Mark zu Buch; dazu kam ein Zugang von 4,3 Millionen Mark. Da insgesamt 1,6 Millionen Mark abgeschrieben werden müssen (wegen der Kursverluste), erscheinen sie jetzt mit 5,2 Millionen Mark. Der Zugang stellt den Ankauf der Aktienmajorität der A. Frister A.-G. (Kapital 6 Millionen Mark) dar, wodurch sich der Rückgang der Bankguthaben erklärt. Da der Ankauf zu einem Kurse von 200 Proz. erfolgte, der letzte notierte Kurs aber auf 90 Proz. stand, war die große Abschreibung erforderlich.

Der Abschluß ist also im eigentlichen Fabrikationsgeschäft nicht ganz so schlecht, wie man zunächst erwartet hatte. Ueberraschend

Es ergibt sich also jährlich ein Winderverbrauch von rund 10 Millionen Tonnen Steinkohle.

Somit der englische Bericht. Es ist schwer, so interessant diese Untersuchungen auch sind, aus ihnen unmittelbare

Schlussfolgerungen für Deutschland

zu ziehen, denn von allen kulturellen und volkswirtschaftlichen Vorzügen abgesehen, wird auch für die deutsche Reichsbahn die Frage der Rentabilität der Aufwendungen entscheidend sein. Man muß insbesondere wissen, zu welchem Zinssatz man das notwendige Kapital bekommt, und zu welchem Preis die elektrische Energie geliefert werden kann. Auch in Deutschland sollte man sich jedoch stärker als bisher mit der Frage einer Elektrifizierung der Reichsbahn beschäftigen.

Gegenwärtig werden 1565 Kilometer elektrisch betrieben, und wenn sämtliche jetzt im Bau befindlichen Strecken umgestellt sein werden, so ergibt sich für das Jahr 1933 eine elektrische Streckenlänge von etwa 1900 Kilometer. Nach dem prozentualen Anteil der elektrisch betriebenen Strecke am Gesamtnetz steht Deutschland schon heute hinter Ländern wie Frankreich, Italien, Oesterreich und der Schweiz erheblich zurück.

Zu den oben erwähnten Vorteilen, die eine Bahnelektrifizierung im allgemeinen bringt, kommt jedoch für Deutschland noch eine weitere Chance: Falls nicht nur vereinzelte Strecken, sondern das gesamte Hauptstreckenetz der Reichsbahn auf Elektrizität umgestellt wird, so wird dadurch in erhöhtem Ausmaß der Durchgangsverkehr zwischen den verschiedenen europäischen Ländern durch Deutschland geführt werden können. Von den 56 000 Kilometern, die das deutsche Völbahnenstreckenetz umfaßt (davon Reichsbahn 53 000 Kilometer), sind etwa 20 000 Kilometer als Hauptstrecken anzusprechen.

Von verschiedenen Seiten sind die Aufwendungen, die bei Umstellungen auf elektrischen Betrieb für die festen Baukosten, für Fahrzeuge usw. erforderlich sind, auf 300 000 bis 320 000 Mark je Kilometer errechnet worden. Bei einem Streckennetz von 20 000 Kilometer würde das einen gesamten Kapitalaufwand von schätzungsweise 6 Milliarden Mark bedeuten. Würde man den Zeitraum, in dem die Umstellungsarbeiten auszuführen sind, auf insgesamt 10 Jahre bemessen, so ergibt sich nach den bisherigen Erfahrungen die Möglichkeit, jährlich etwa 150—180 000 Arbeiter mehr zu beschäftigen.

bleibt aber, daß der Umsatz so viel stärker als bei Siemens (um 6 Proz.) und bei der AEG. (um 10 Proz.) zurückgegangen ist, wenn auch das letzte Vierteljahr 1930 in den Abschlüssen dieser beiden noch nicht berücksichtigt ist. Da diese beiden Konzerne zugleich Großaktionäre von Bergmann sind, so ist der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, daß hierbei Konzerngeschäfte eigener Art eine Rolle gespielt haben. Eine Klärung dieser Frage müßte die Generalversammlung bringen.

Verlustausweis des Essener Vereins.

Aber die Aktionäre erhalten 12 und 17 Proz. Dividende.

Das Ziffernwert des Abschlusses für das Geschäftsjahr 1930 beim Essener Bergwerks-Verein König Wilhelm, Essen-Borbeck, weist einen Verlust von 0,1 Millionen Mark aus. Im vorigen Jahre noch wurde ein Reingewinn von 1,2 Millionen Mark ausgewiesen, der gerade zur Deckung der vertraglichen Dividende ausreichte.

Der Kohlenabsatz ist im Jahre 1930 um etwa 30 Proz. auf 1 Million Tonnen zurückgegangen; der Koksabsatz ging auf die Hälfte des Vorjahresabsatzes zurück. Die Vorkasse wurde sehr stark vermindert, von 4363 Mann Ende 1929 auf 3064 Mann Ende 1930.

Der Betriebsüberschuß ist von 2,23 auf 0,95 Millionen Mark zurückgegangen; aber die Abschreibungen wurden noch erhöht von 1,03 auf 1,07 Millionen Mark. Die Vorräte sind mit 1,0 Millionen Mark etwas gestiegen. Forderungen und Bankguthaben gingen von 1,8 auf 0,7 Millionen Mark zurück, während die Schulden von 4,7 auf 5,0 Millionen Mark anstiegen.

Ob diese Verschlechterung allein aus dem Geschäftsgang zu erklären ist, ob nicht besondere Konzerngeschäfte mit dem Großaktionär (Gebr. Stumm, Reunirichen) abgeschlossen wurden, durch die die Kosten einseitig dem Bergwerks-Verein aufgelegt wurden, läßt sich nicht erkennen, da alle Ziffern sehr summarisch gegeben werden. Für die Aktionäre kann das gleichgültig sein, da ihnen von dem Großaktionär noch etwa 20 Jahre lang auf die Stammaktien (insgesamt 7,5 Millionen) 12 Proz. auf die Vorkassaktien (1,2 Millionen) 17 Proz. Dividende garantiert sind. Natürlich erfolgt eine tatsächliche Zahlung nur auf die „freien“ Aktien. Wenn aber der ausgewiesene Verlust dem tatsächlichen Geschäftsverlauf entspricht, so zeigt sich auch in diesem Vertrag, mit welcher „Vorausicht“ die deutschen Wirtschaftsführer sich auf Jahrzehnte hinaus festlegen!

Die Not drückt das Konsumgeschäft.

Viel mehr, als die wirtschaftliche Vernunft es erlauben sollte.

Nach dem Bericht des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine betrug im Monat Mai der durchschnittliche Wochenumsatz pro Mitglied 6,88 M. gegen 6,70 M. im April. Der Mai ist nicht deshalb günstiger, weil die Kaufkraft der Mitglieder gestiegen ist, sondern weil das Pfingstfest in den Monat Mai fiel. Die entsprechenden Vorjahresziffern waren 8,44 M. und 8,78 M., die Mai- und Aprilziffern von 1929 waren 8,92 M. und 8,90 M. Der Rückgang gegenüber dem Jahre 1930 ist besonders drastisch und geht gewiß zu einem erheblichen Teil auf die starke Preissteigerung in den Konsumvereinen zurück, ist aber doch ein sehr deutlicher Ausdruck der ungemein gewachsenen Not im arbeitenden

Der richtige Weg zur Erlangung blendend weißer Zähne

Drücken Sie einen Strang Chlorodont-Zahnpaste auf die trockene Chlorodont-Zahnbürste (Spezialbürste mit gepahntem Borstenschmitt), bürsten Sie Ihr Gebiß nun nach allen Seiten, auch von unten nach oben, tauchen Sie erst jetzt die Bürste in Wasser oder besser in Chlorodont-Mundspülwasser und spülen Sie damit unter Uergeln gründlich nach. Der Erfolg wird Sie überraschen. Der misshandelte Zahnbelag, der sich besonders bei Raucherun unangenehm bemerkbar macht, verschwindet und die Zähne erhalten einen wundervollen Glanz. Das kostbare Pfefferminz-Aroma verleiht dem Mund herrliche Frische und Wohlgeschmack. Ueberzeugen Sie sich gleich durch Kauf einer Tube

zu 54 Pf., große Tube 90 Pf. Chlorodont-Zahnbürsten 1 M., für Kinder 60 Pf. Chlorodont-Mundwasser Flasche 1 M. und 2 M. Zu haben in allen Chlorodont-Verkaufsstellen. Man verlange nur echt Chlorodont und weise jeden Ersatz dafür zurück. Man schreibt uns hierzu: „Jedenfalls habe ich seit fünfzehn Jahren jedes Probieren aufgegeben und bleibe Ihrem Chlorodont treu; ebenso gebraucht es meine Familie und verordne ich es, so oft ich dazu Gelegenheit habe in meiner Praxis.“ H. (Originalbrief bei unserem Notar hinterlegt.) Dr. L. L.-E., Aertlin.

